



Wachstum? – Fehlanzeige!

DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2025

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Wesentliche Ergebnisse.....	3
Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen.....	4
Geschäftserwartungen der Unternehmen.....	8
Geschäftsrisiken der Unternehmen.....	11
Exportenerwartungen der Industrieunternehmen.....	15
Investitionsabsichten der Unternehmen.....	18
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen.....	21
Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen.....	24
DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	26
Fragenbogen Jahresbeginn 2025.....	27
Methodik.....	29

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Dr. Kathrin Andrae, Dr. Susanne Gewinnus, Dr. Stefan Hardege, Alena Kühlein, Lola Machleid, Karoline Preuß, Dr. Jupp Zenzen

Grafik: Sebastian Titze, DIHK

Stand: Februar 2025

Weitere Ergebnisse, den Fragebogen sowie Hinweise zur Methodik der Umfrage finden Sie unter www.dihk.de/konjunktur

Wesentliche Ergebnisse

Prognose: Nach zwei Jahren Rezession droht der deutschen Wirtschaft auch 2025 ein Krisenjahr. Für das Gesamtjahr rechnet die DIHK damit, dass das Bruttoinlandsprodukt um 0,5 Prozent schrumpfen wird.

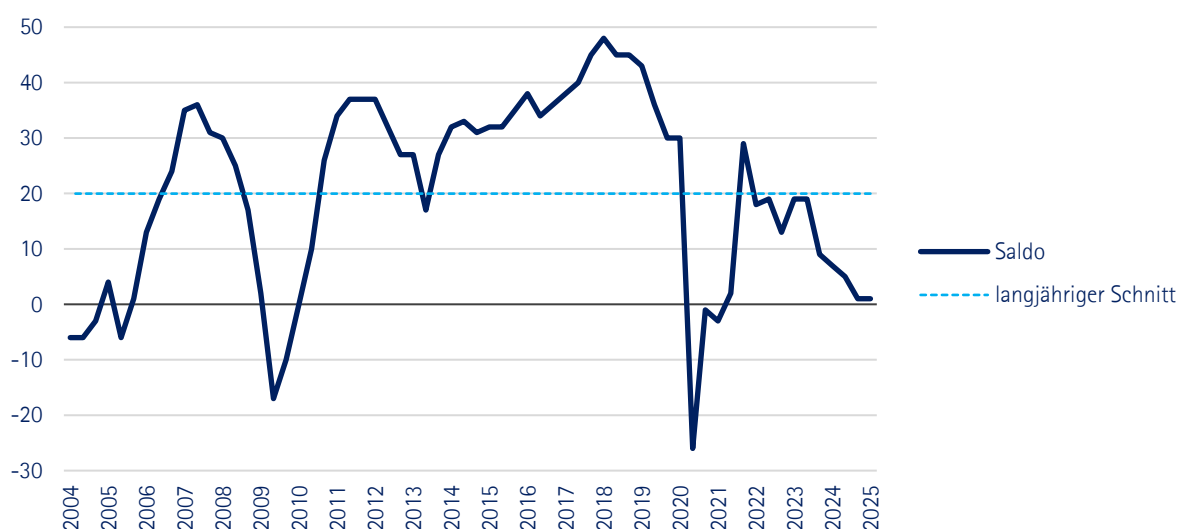
- Zu Jahresbeginn 2025 zeichnet sich keine Verbesserung der konjunkturellen Lage ab. Lediglich 26 Prozent der Betriebe bezeichnen ihre **Geschäftslage** derzeit als „gut“ (gleichbleibend ggü. Herbst 2024), während 25 Prozent von einer schlechten Lage sprechen (gleichbleibend ggü. Herbst 2024). Der Lagesaldo verharrt mit einem Punkt unverändert auf niedrigem Niveau.
- Die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen bleiben zu Jahresbeginn fast unverändert trüb. Ein Drittel der Unternehmen hat negativen Geschäftserwartungen (gleichbleibend 31 Prozent). Der Anteil der Unternehmen, die in den kommenden zwölf Monaten mit einem besseren Geschäft rechnen, steigt geringfügig auf 14 Prozent (nach zuvor 13 Prozent). Entsprechend steigt der Saldo der Erwartungen lediglich von minus 18 auf minus 17 Punkte.
- Erstmals seit der Erhebung der **Geschäftsrisiken** im Rahmen der DIHK-Konjunkturumfrage sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko. Mit 60 Prozent liegen sie auf einem Allzeithoch (zuvor 57 Prozent). Knapp 7.000 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die „Bürokratie“. Das zweit- und dritthäufigste Geschäftsrisiko sind die Inlandsnachfrage (59 Prozent) und die Arbeitskosten (56 Prozent, Allzeithoch).
- Die **Exportserwartungen** der Industrie verbessern sich etwas, bleiben jedoch trotz einer halbwegs robusten Weltwirtschaft im Saldo negativ: 28 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren, nur 20 Prozent mit steigenden. Der Saldo der Exporterwartungen verbessert sich um vier auf minus acht Punkte. Die kurzfristige Verbesserung am aktuellen Rand sollte nicht über die Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr hinwegtäuschen.
- Die Unternehmen zeigen sich bei ihren **Investitionsplänen** im Inland weiterhin sehr zögerlich. Abermals planen nur 23 Prozent der Betriebe mit erhöhten Investitionen und ein Drittel gibt an, Investitionen verringern zu wollen. Der Saldo der Investitionsabsichten bleibt mit minus zehn Punkten auf dem Niveau vom Herbst 2024 und liegt damit erneut deutlich unter dem langjährigen Schnitt von plus drei Punkten.
- Nur zwölf Prozent der Unternehmen planen für die kommenden Monate mit einem **Beschäftigungszuwachs**, während fast jedes vierte (22 Prozent) mit weniger Mitarbeitenden rechnet. Der daraus resultierende Saldo liegt mit minus zehn Punkten zwar deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (null Punkte), hat sich im Vergleich zur Vorumfrage jedoch um zwei Punkte gesteigert. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich dagegen ein Rückgang um zwei Punkte.
- Eine angespannte Geschäftslage und negativen Geschäftserwartungen lassen den Anteil der Unternehmen, die über Schwierigkeiten in der Finanzierung berichten, leicht ansteigen. Zwei von fünf Betrieben (42 Prozent nach zuvor 41 Prozent) schätzen ihre **Finanzlage** als problematisch ein.

Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

Zu Jahresbeginn 2025 zeichnet sich keine Verbesserung der konjunkturellen Lage ab. Die Wirtschaft verharrt in einer Phase der Stagnation, ohne Anzeichen für eine wirkliche Erholung. Belastungen wie strukturell hohe Energiekosten, globale Unsicherheiten und wirtschaftliche Umbrüche dämpfen die wirtschaftliche Aktivität nachhaltig. Lediglich 26 Prozent der Betriebe bewerten ihre Geschäftslage derzeit als „gut“ (gleichbleibend ggü. Herbst 2024), 25 Prozent sprechen von einer schlechten Lage (gleichbleibend ggü. Herbst 2024). Der Lagesaldo aus „gut“ – und „schlecht“-Antworten verharrt auf einem Punkt. Er liegt deutlich unter dem langjährigen Schnitt von 20 Punkten.

In der Betrachtung nach Unternehmensgrößen ergeben sich keine großen Veränderungen gegenüber der Vorumfrage. Die wirtschaftliche Flaute zeigt sich besonders stark bei den kleinen mittelständischen Unternehmen. In Betrieben mit einem bis zu 19 Beschäftigten rutscht der Saldo auf minus einen Punkt in den negativen Bereich (zuvor plus ein Punkt). In der Größenklasse von 19 bis 200 Beschäftigte bleibt der Saldo – unverändert zur Vorumfrage – bei null Punkten. Unternehmen ab 200 Beschäftigten weisen leichte Erholungstendenzen auf. In der Größenklasse 200-999 Beschäftigte steigt der Lagesaldo von null auf nun fünf Punkte; bei den Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten von fünf auf acht Punkte. Dennoch liegt der Saldo auch hier deutlich unter dem Schnitt der letzten Jahre von 27 bzw. 28 Punkten.

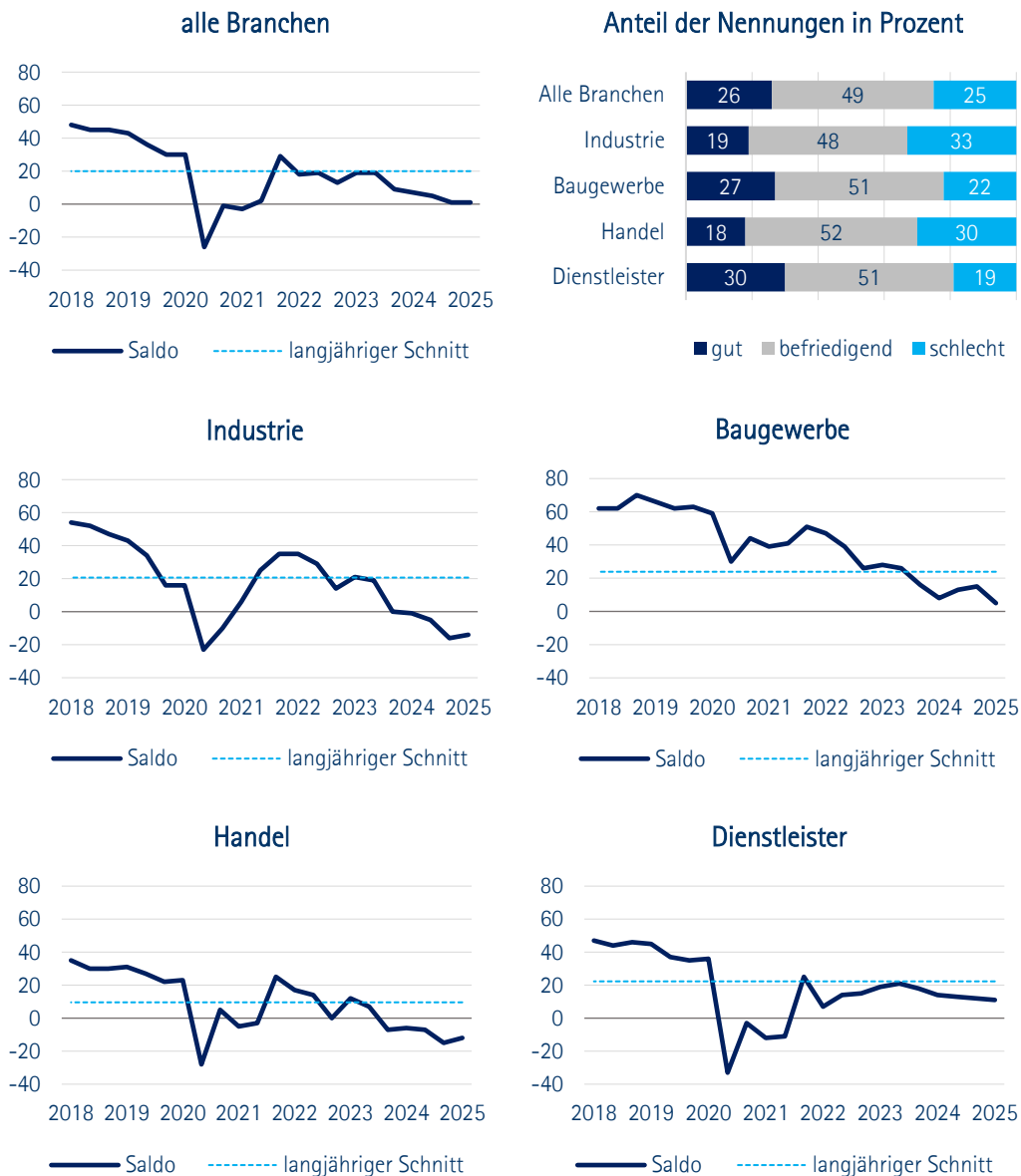
Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die **Industrie** findet keinen Weg aus ihrer Strukturkrise. Eine andauernd schwache Auftragslage, hohe Kosten und unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen drücken auf die Stimmung vieler Industrieunternehmen. Wie in der Vorumfrage bewerten nur 19 Prozent der Betriebe ihre aktuelle Lage als gut, während ein Drittel sie als schlecht einstuft (33 Prozent nach zuvor 35 Prozent). Mit minus 14 Punkten liegt der Lagesaldo im negativen Bereich (zuvor 16 Punkte), er bleibt deutlich entfernt vom langjährigen Durchschnitt der Industrie von 21 Punkten.

Besonders trüb ist die Lage bei den energieintensiven **Vorleistungsgüterproduzenten**. Trotz einer leichten Verbesserung um vier Punkte (minus 26 nach zuvor minus 30 Punkte) ist der Negativsaldo ein klarer Beleg für die bestehenden Herausforderungen. Gesunkene Wettbewerbsfähigkeit aufgrund hoher Energie- und Rohstoffkosten, wirtschaftspolitischer Unsicherheiten und einer schwachen Nachfrage setzen den Unternehmen massiv zu. Besonders schwer getroffen sind die Metallerzeuger und -bearbeiter sowie das Papiergewerbe, deren Salden jeweils gleichbleibend gegenüber der Vorumfrage bei minus 44 beziehungsweise minus 37 Punkten liegen. Auch die Situation in der Gewinnung von Steinen und Erden und im Bergbau ist äußerst kritisch: Hier bewerten nur noch neun Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut, während knapp ein Drittel der Unternehmen von einer schlechten Lage berichtet (29 Prozent). Der Saldo sinkt damit weiter, auf minus 20 Punkte von zuvor minus 15 Punkten.

Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die Lageeinschätzungen der **Investitionsgüterproduzenten** stagnieren bei minus elf Punkten (gleichbleibend ggü. Herbst 2024). Besonders die Lage im Kraftfahrzeugbau bleibt äußerst kritisch und zeigt kaum Anzeichen einer Verbesserung: Der Saldo verharrt mit minus 30 Punkten nahezu auf dem Niveau der Vorumfrage (minus 31 Punkte). Trotz minimaler Zuwächse bei den Auftragseingängen und etwas optimistischeren Exporterwartungen bleibt die Branche massiv unter Druck. Andauernde Unsicherheiten bei der Nachfrage und regulatorische Vorgaben wie etwa das Verbrenner-Verbot in Europa sowie geopolitische Risiken verhindern eine nachhaltige Stabilisierung. Das wirkt sich auch auf die Geschäftslage von großen Zuliefererbranchen wie z.B. dem Werkzeugmaschinenbau aus. Auch dort ist die Auftragslage schlecht. Zudem kämpfen die Unternehmen auch mit den wirtschaftlichen Unsicherheiten und leidet unter dem Regulierungsumfeld. Der Lagesaldo sinkt deutlich um 17 auf nunmehr minus 49 Punkte. Damit verzeichnet die Branche den schlechtesten Wert seit der Coronakrise.

Die Konsumzurückhaltung setzt auch dem Geschäft der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** zu. Zwar erholt sich die Lage gegenüber der Vorumfrage leicht um vier Punkte, sie liegt jedoch mit einem Saldo von minus vier Punkten noch immer deutlich unter dem langjährigen Schnitt (13 Punkte). Besonders schlecht bleibt die Lage im Bekleidungs- und Textilgewerbe, hier liegt der Lagesaldo bei minus 18 Punkten nach zuvor minus 19 Punkten.

Neben der Industrie hat sich der **Handel** als eines der größten Sorgenkinder der Konjunktur etabliert. Hier bewerten nur noch 18 Prozent der Unternehmen ihre aktuelle Lage als gut (nach zuvor 17 Prozent), während drei von zehn Unternehmen die Situation als schlecht einschätzen (30 Prozent nach zuvor 32 Prozent). Besonders kritisch ist die Lage im Großhandel. Zwar deutet der Saldo auf eine leichte Verbesserung (minus 18 nach zuvor 22 Punkten) hin, doch Großhandelsunternehmen kämpfen mit einer schwachen Nachfrage aus der Industrie, anhaltenden Problemen in den Lieferketten und unsicheren wirtschaftlichen Aussichten. Der Einzelhandel spürt die Auswirkungen der Konsumzurückhaltung der Verbraucher. Gestiegenen Lebenshaltungskosten, Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit sowie die Steuer- und Abgabenlast drücken auf die Kaufkraft. Zwar hat sich der Saldo im Einzelhandel gegenüber dem Vorquartal um zwei auf minus zehn Punkte leicht verbessert – möglicherweise ein Effekt des Weihnachtsgeschäfts, doch die Lage bleibt weiterhin trüb.

Das **Baugewerbe** leidet unter der konjunkturellen Situation und sieht sich zudem einer saisonal bedingten Auftragsflaute gegenüber. Mehr als jedes vierte Bauunternehmen bewertet seine Lage zu Jahresbeginn 2025 als gut (27 Prozent nach zuvor 32 Prozent) während 22 Prozent von einer schlechten Geschäftslage berichten (nach zuvor 17 Prozent). Der Saldo sinkt somit deutlich von 15 auf fünf Punkte. Auch im Vergleich zur Vorjahresumfrage sinkt der Saldo um drei Punkte und verzeichnet damit die schlechteste Lagebewertung seit der Finanzkrise 2008/2009. Mit Blick auf die einzelnen Branchen des Bausektors wird deutlich, dass erhebliche Unterschiede bestehen. Der Tiefbau steht vergleichsweise stabil dar und profitiert weiterhin von der Durchführung geplanter Vorhaben im Verkehrs- und Energieinfrastrukturbereich. Der Lagesaldo steigt im Vergleich zur Vorjahresumfrage von 19 auf 24 Punkte. Saisonbedingt fällt der Saldo hingegen gegenüber Herbst 2024 um sechs Punkte. Im Hochbau setzt sich die Talfahrt der letzten zwei Jahre indes fort. Im Vergleich zur Vorjahresumfrage verharrt der Saldo weiterhin auf gleichbleibend niedrigem Niveau von minus sieben Punkten. Gegenüber Herbst 2024 sinkt der Saldo um fünf Punkte. Die Branche sieht sich zahlreichen Herausforderungen ausgesetzt. Neben den hohen Baukosten wirken sich insbesondere der Fachkräftemangel und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen negativ auf die Planungssicherheit und Auftragslage der Unternehmen aus. Auch im Ausbaugewerbe setzt sich dieses Bild fort. Der Saldo sinkt von zuletzt 27 auf 14 Punkte.

Die **Dienstleister** verzeichnen im Vergleich zu den anderen Sektoren ein überwiegend positives Lagebild: Jedes dritte Unternehmen bewertet seine Geschäftslage als gut (30 Prozent nach zuvor 31 Prozent), wohingegen 19 Prozent der Dienstleister von schlechten Geschäften berichten, genauso viele wie in der Vorumfrage. Der Saldo der Lagebeurteilung sinkt abermals geringfügig von zwölf Punkte auf nunmehr elf Punkte.

Die **überwiegend unternehmensnahen Dienstleister** zeigen sich insgesamt robust, mit einem Saldo von 17 Punkten (zuvor 15 Punkte). Zu diesem positiven Ergebnis tragen insbesondere Teilbranchen wie Rechts- und Steuerberatung (Saldo von 55 Punkte, gleichbleibend ggü. Herbst 2024), Versicherungsunternehmer (44 Punkte nach zuvor 32 Punkten) oder IT-Dienstleister (19 Punkte nach zuvor 18 Punkten) bei. Ein leichter Aufschwung zeigt sich auch im Bereich Forschung und Entwicklung. Der Saldo steigt von zuvor zwei auf derzeit zehn Punkte. Dies könnte auf verstärkte Innovationsanstrengungen zurückzuführen sein, die als Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen unternommen werden. Allerdings dürfen diese positiven Entwicklungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lage bei anderen unternehmensnahen Dienstleistern sehr angespannt bleibt. Besonders gravierend ist die Situation bei der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, deren Saldo mit minus 33 Punkten einen neuen Tiefstand erreicht. Hier machen sich vor allem die konjunkturelle Schwäche, eine rückläufige Investitionsbereitschaft und die dadurch angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar.

Der Saldo der **überwiegend personenbezogenen Dienstleister** sinkt leicht von 17 auf 15 Punkte. Dieser Rückgang deutet auf eine insgesamt verhaltene Marktentwicklung hin. Fachkräftemangel, steigende Lohnkosten und eine schwache Konsumkraft betreffen mittlerweile auch diese konsumnahen Branche. So verschlechtert sich hier auch die Lage bei den Gesundheits- und sozialen Diensten von zuvor 19 auf nunmehr 14 Saldopunkte.

Im **Gastgewerbe** trübt sich die Geschäftslage ein. Hier rutscht die Lage mit minus acht Saldopunkten in den negativen Bereich ab (zuvor vier Punkte). Insgesamt sind die Kosten für Energie, Arbeit und Lebensmittel sehr gestiegen, auch die Personalknappheit ist bei den Betrieben deutlich zu spüren. Im Bereich der Beherbergung sinkt der Saldo auf minus neun Punkte (nach zuvor sechs Punkten), in der Gastronomie auf minus sieben Punkte (nach zuvor minus einem Punkt).

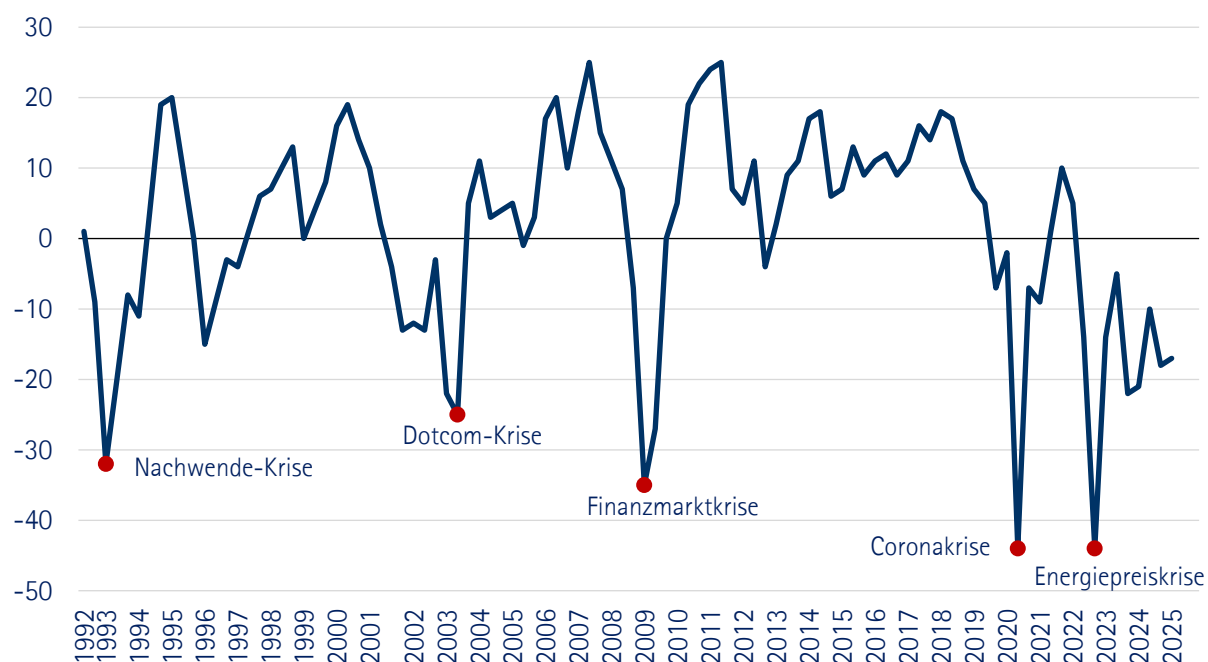
Die trübe Geschäftslage im Bereich **Verkehr und Lagerei** hat sich im Vergleich zum Herbst nicht verändert (Saldo minus sechs Punkte). Die Stimmung bleibt damit im Verkehr weiterhin negativer als in der Gesamtwirtschaft. Ein Hauptgrund sind die stark gestiegenen Kosten. Hierbei hat der Staat mit der Anhebung der Lkw-Maut im Dezember 2023, der Ausweitung der Maut auf kleinere Nutzfahrzeuge über 3,5 Tonnen ab Juli 2024 sowie der Erhöhung der Luftverkehrssteuer im Mai 2024 einen beträchtlichen Anteil geleistet. Für den Güterkraftverkehr stellte sich dabei die Herausforderung, die Mehrkosten in höherem Umfang auf die Kunden weiterwälzen zu können. Dies ist gelungen und hat so die Margen weiter verringert. Die Verkehrsbranche leidet aber nicht nur unter gestiegenen Kosten. Im Straßenverkehr führen Engpässe und Umwegfahrten wegen maroder Brücken zu Fahrzeitverlängerungen, die die Disposition erschweren und das Problem des Fahrermangels weiter verschärfen. Hinzu kommt die Unsicherheit bei der Energie- und Antriebswende. Das Transportgewerbe ist hierzu zwar bereit, klagt aber über die geringe Verfügbarkeit nichtfossiler Kraftstoffe und von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben. Auch die hohen Kosten, lange Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie der hohe bürokratische Aufwand für die Errichtung von Ladeinfrastruktur und die unzureichenden Stromnetze hemmen die Umsetzung.

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen bleiben zu Jahresbeginn fast unverändert trüb. Ein Drittel der Unternehmen hat negative Zukunftsaussichten (gleichbleibend 31 Prozent). Der Anteil der Unternehmen, die in den kommenden zwölf Monaten mit einem besseren Geschäft rechnen, steigt geringfügig auf 14 Prozent (nach zuvor 13 Prozent). Entsprechend verändert sich der Saldo der Erwartungen lediglich von minus 18 auf minus 17 Punkte. Das liegt nur um vier Punkte über dem Vorjahreswert und weit unter dem langjährigen Durchschnitt von drei Punkten. Die Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs der zukünftigen Bundesregierung sorgt für Zurückhaltung bei den Unternehmen. Hinzu kommen eine schwache Konjunktur im Inland, eine gedämpfte Nachfrage aus dem Ausland und strukturelle Probleme wie Fachkräftemangel, steigende Arbeitskosten und weiterhin hohe Energie- und Rohstoffpreise.

Bezogen auf die Unternehmensgröße zeigt sich ein gemischtes Bild. bei den Großunternehmen (mehr als 1.000 Beschäftigte) dreht der Erwartungssaldo in den positiven Bereich (Saldo von drei nach zuvor minus zwei Punkten). Im Rest des Mittelstands, aber insbesondere bei den kleinen Unternehmen mit unter 20 Beschäftigten verharren die Erwartungen auf einem sehr negativen Niveau (Saldo gleichbleibend bei minus 21 Punkten).

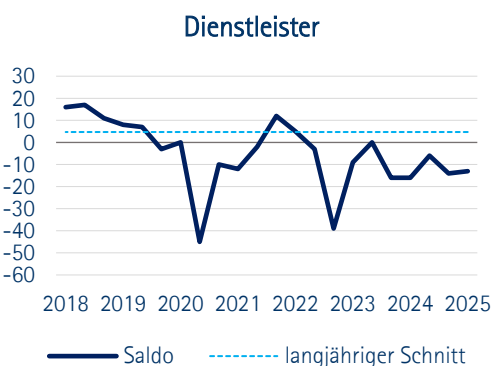
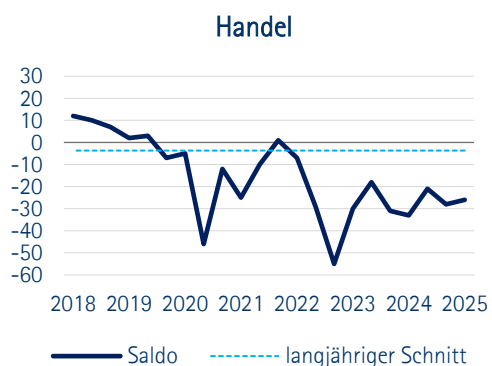
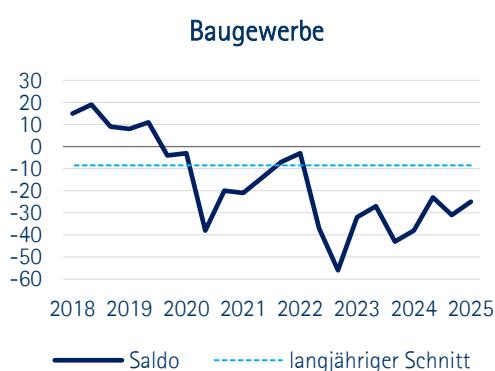
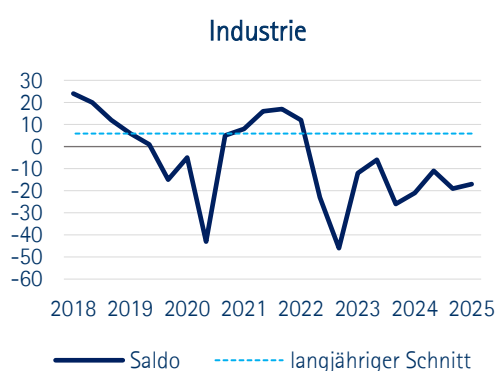
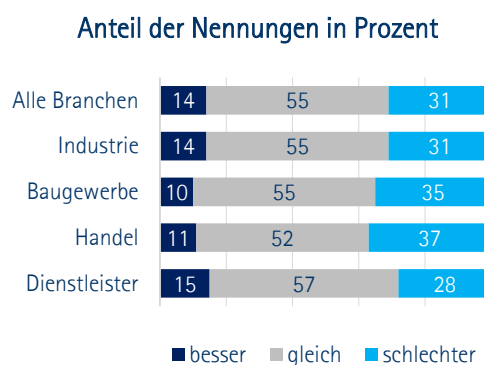
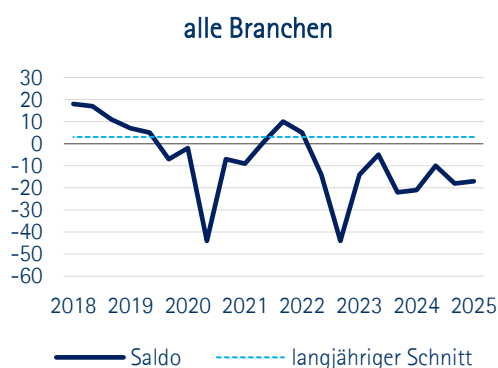
Geschäftserwartungen der Unternehmen (Saldo in Punkten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die **Industrie** leidet an einem Mangel an Aufträgen aus dem Inland, hinzu kommen zahlreiche strukturelle Sorgen, wie z. B. hohe Energie- und Rohstoffpreise, drückende Arbeitskosten oder unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen. Trotz halbwegs robuster Weltkonjunktur erwarten die Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe auch vom Auslandsgeschäft kaum Impulse. Das belastet die Geschäftserwartungen insgesamt: Nur 14 Prozent der Unternehmen gehen von einer Besserung in den kommenden zwölf Monaten aus (zuvor auch 14 Prozent), hingegen erwartet ein Drittel (31 Prozent nach zuvor 33 Prozent) eine Verschlechterung des Geschäfts. Der Saldo steigt zwar um zwei auf minus 17 Punkte, er liegt aber deutlich unter seinem langjährigen Schnitt (plus sechs Punkte).

Geschäftserwartungen der Unternehmen

(Saldo aus besser minus schlechter-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Vorleistungsgüterhersteller sind häufig energieintensive Unternehmen. Sie sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit besonders wegen der im internationalen Vergleich weiterhin hohen Energiekosten in Deutschland bedroht. 71 Prozent nennen Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko. Ein Drittel der Unternehmen (34 Prozent nach zuvor 37 Prozent) rechnet in den kommenden zwölf Monaten mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte. Nur 13 Prozent (unverändert) gehen von einer Verbesserung aus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen nimmt zwar leicht zu., bleibt aber mit minus 21 Punkten immer noch deutlich pessimistisch. Am schlechtesten ist die Stimmung bei den Unternehmen aus dem Bereich Glas, Keramik, Steineverarbeitung. Trotz Verbesserung im Vergleich zum Herbst bleiben die Erwartungen tief im roten Bereich (Saldo von minus 27 nach zuvor minus 39 Punkten). Nur wenig besser sind die Aussichten im Bereich Metallherzeugung und -bearbeitung (Saldo von minus 23 nach zuvor minus 22 Punkten). Die Erwartungen in der Chemischen Industrie verdunkeln sich geringfügig von minus neun auf minus zehn Punkte, sind aber etwas besser als in der Gesamtbranche.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden strukturellen Probleme und der Nachfrageschwäche verharren die Geschäftserwartungen der **Investitionsgüterhersteller** im negativen Bereich. Ein Drittel der Betriebe rechnet mit schlechteren Geschäften in den nächsten zwölf Monaten (32 Prozent nach zuvor 33 Prozent). Nur 15 Prozent (nach zuvor 16 Prozent) gehen von einer Verbesserung aus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen

bleibt damit auf minus 17 Punkten. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Erwartungen sogar geringfügig verschlechtert (Saldo zu Jahresbeginn 2024 bei minus 16 Punkten). Im Kraftfahrzeugbau verbessern sich die Erwartungen zwar unter dem Strich deutlich um zehn Punkte. Sie liegen mit einem Saldo von aktuell minus 24 Punkten aber immer noch weit unter dem langjährigen Durchschnitt von plus vier Punkten. Im Gegensatz dazu sind die Aussichten im Sonstigen Fahrzeugbau überwiegend positiv. Die Branche ist geprägt von volatilen Großaufträgen und kann derzeit an der „Zeitenwende“ partizipieren. Im Maschinenbau bleiben die Erwartungen dagegen aufgrund hoher Kosten, schleppender Nachfrage und eines zunehmenden internationalen Wettbewerbsdrucks trüb. Der Saldo der Geschäftserwartungen liegt unverändert bei minus 18 Punkten. Besonders im Werkzeugmaschinenbau brechen die Erwartungen allerdings ein, sie fallen im Saldo um 14 auf minus 42 Punkte.

Am wenigsten düster sind die Erwartungen bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern**. Mehr als ein Viertel (26 Prozent nach zuvor 28 Prozent) geht von einer Verschlechterung aus, 16 Prozent (nach zuvor 15 Prozent) rechnen mit einer Verbesserung des Geschäfts. Damit steigt der Saldo der Geschäftserwartungen auf minus 10 Punkte. Positiv sticht dabei die Pharmazeutische Industrie heraus. Die Branche ist nicht nur einer der Profiteure der demografischen Entwicklung, sondern hofft auch auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen durch die Pharmastrategie der Bundesregierung. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt um zwei auf 23 Punkte, was merklich über dem langjährigen Schnitt von 16 Punkten liegt.

Anhaltend hohe Bauzinsen und hohe Kosten, z. B. für Baumaterialien, belasten die Geschäftserwartungen im **Baugewerbe**. Insgesamt hellen sich die Erwartungen zwar leicht auf, bleiben aber im Bausektor weiterhin trüb. Nur jeder zehnte Betrieb (nach zuvor sieben Prozent) geht von einer Verbesserung der Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten aus. Hingegen rechnen 35 Prozent (nach zuvor 38 Prozent) mit einer Verschlechterung. Der Saldo der Erwartungen liegt bei minus 25 Punkten. Das sind sechs Punkte mehr als noch im Herbst und 13 Punkte mehr als noch vor einem Jahr. Die Betriebe im Hochbau rechnen noch nicht damit, dass sich die schlechte Auftragslage beim Wohnungsbau oder beim Wirtschaftsbau deutlich verbessern wird. Als häufigstes Risiko wird nach wie vor die Inlandsnachfrage von knapp zwei Dritteln der Unternehmen genannt (64 Prozent nach zuvor 61 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen liegt im Hochbau entsprechend bei minus 26 Punkten (nach zuvor minus 34 Punkte). Im Tiefbau sind es insbesondere der Fachkräftemangel und die Arbeitskosten, die den Unternehmen zu schaffen machen. Der Saldo der Geschäftserwartungen verharrt bei minus 26 Punkten. Auch im Ausbaugewerbe bleiben die Erwartungen trüb (Saldo von minus 23 nach zuvor minus 28 Punkten).

Im **Handel** bleiben die Geschäftserwartungen düster. Neben der schwachen Nachfrage bereiten den Betrieben auch die Arbeitskosten und unsichere wirtschaftspolitisch Rahmenbedingungen große Sorgen. Fast zwei von fünf Händler (37 Prozent nach zuvor 38 Prozent) rechnen mit einer Verschlechterung der Geschäfte, nur gut jedes zehnte Unternehmen (elf Prozent nach zuvor zehn Prozent) geht von einer Besserung aus. Der Saldo steigt um zwei auf minus 26 Punkte. Dabei gibt es kaum einen Unterschied zwischen Groß- und Einzelhandel (Einzelhandel Saldo von gleichbleibend minus 26 Punkten; Großhandel Saldo von minus 26 Punkte nach zuvor minus 28 Punkten).

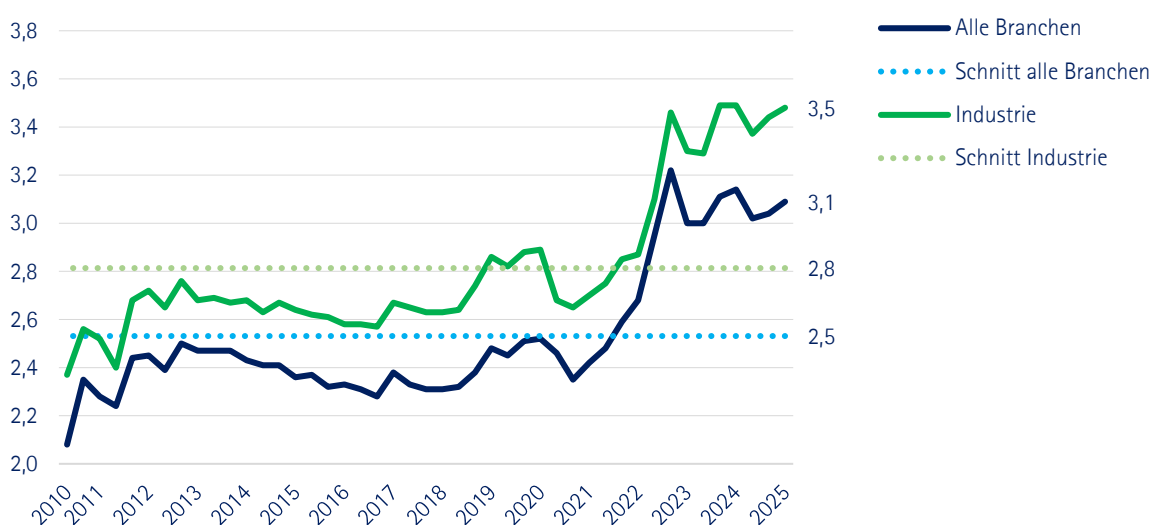
Im Vergleich zu den anderen Wirtschaftszweigen sind die Geschäftserwartungen im heterogenen **Dienstleistungssektor** noch am wenigsten eingetrübt. Unverändert gehen etwas mehr als ein Viertel der Betriebe (28 Prozent) von einer Verschlechterung der Geschäfte aus, 15 Prozent (nach zuvor 14 Prozent) haben positive Erwartungen. Der Saldo steigt geringfügig um einen auf minus 13 Punkte. Das liegt deutlich unter dem langjährigen Schnitt von fünf Punkten. Besonders im Gastgewerbe bleiben die Erwartungen schwach. Die Sorgen vor steigenden Kosten sind hoch, insbesondere mit Blick auf den Personaleinsatz. 73 Prozent der Betriebe im Gastgewerbe nennen Arbeitskosten als Geschäftsrisiko. Das ist fast ein Höchstwert (74 Prozent). Entsprechend bleiben die Geschäftserwartungen mit einem Saldo von minus 29 (nach zuvor minus 32 Punkten) tief im Minus. Pessimistisch sind auch die Unternehmen aus dem Bereich Verkehr und Logistik. Hohe Energie- und Kraftstoffpreise und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen machen der Branche zu schaffen. Der Saldo der Geschäftserwartungen sinkt um zwei auf minus 28 Punkte. Im Gegensatz dazu sind die Aussichten bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ausgewogen. Der Saldo der Geschäftserwartungen liegt mit Null Punkten (nach zuvor vier Punkte) nur geringfügig unter dem langjährigen Schnitt von zwei Punkten. Besonders die Versicherungswirtschaft kommt mit einem Saldo von 20 Punkten (nach zuvor 19 Punkten) zu überwiegend positiven Einschätzungen.

Geschäftsrisiken der Unternehmen

In vielen Bereichen der Wirtschaft bleibt der Problemdruck hoch. Seit dem Beginn des russischen Krieges in der Ukraine ist die Zahl der Geschäftsrisiken, denen sich die Unternehmen gegenübersehen, nach oben geschneilt. Aber nicht nur konjunkturelle Risiken, wie eine schwächelnde Nachfrage im Inland, setzen der Wirtschaft zu. Sondern gerade strukturelle Probleme wie unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, Arbeitskosten, Fachkräftemangel oder die weiterhin hohen Energie- und Rohstoffpreise bereiten Sorge. In der Umfrage stehen insgesamt acht verschiedene Geschäftsrisiken zur Auswahl. Aktuell benennt ein Unternehmen im Schnitt 3,1 verschiedene Risiken. Das liegt nur knapp unter dem Höchstwert von 3,2 im Herbst 2022. In der Industrie ist sogar mit 3,5 Nennungen sogar ein Höchststand erreicht.

DIHK-Risiko-Indikator

Anzahl der genannten Geschäftsrisiken (8 Risiken stehen zur Auswahl, Mehrfachnennungen möglich)



* In jeder Welle der DIHK-Konjunkturumfrage werden die acht folgenden Geschäftsrisiken abgefragt: Inlandsnachfrage, Auslandsnachfrage, Fachkräftemangel, Arbeitskosten, Energie- und Rohstoffpreise, Finanzierung, Wechselkurs, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

Erstmals seit der Befragung nach Geschäftsrisiken in der DIHK-Konjunkturumfrage sind die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** das am häufigsten genannte Risiko. Mit 60 Prozent liegen sie auf einem Allzeithoch (zuvor 57 Prozent). Besonders oft werden sie in der Industrie als Risiko genannt (63 Prozent nach zuvor 60 Prozent). Knapp 7.000 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die „Bürokratie“. Etwa 47 Prozent der Freitextantworten beinhalten die Bürokratie-Problematik. Weitere wirtschaftspolitische Risiken sehen die Unternehmen in Energie, Steuern, Planungsunsicherheit, mangelnde Investitionen und Handelsbarrieren. Darüber hinaus nennen fünf Prozent der Unternehmen Unsicherheiten mit Blick auf die vorgezogene Bundestagswahl.

Nur unwesentlich seltener als die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nennen die Unternehmen die **Inlandsnachfrage** als Geschäftsrisiko (gleichbleibend 59 Prozent). Darin spiegelt sich nicht nur die Kaufzurückhaltung der Verbraucher wider, sondern auch die Schwäche und anhaltende Auftragsflaute in der deutschen Industrie. Sieben von zehn Industriebetriebe (70 Prozent nach zuvor 71 Prozent) fürchten eine schwache Inlandsnachfrage, das ist nur knapp unter dem Höchststand von 74 Prozent vom Frühsommer 2020. Die Ursache liegt neben den anhaltend niedrigen Investitionsplänen im Inland auch an der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Zudem drückt auch eine schleppende Industrieproduktion in den entwickelten Volkswirtschaften die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe. Ein Beleg ist, dass knapp die Hälfte (45 Prozent) der Exportindustriebetriebe, und damit überdurchschnittlich viele, in der **Auslandsnachfrage** ein Geschäftsrisiko sieht. Der langjährige Durchschnitt liegt bei 40 Prozent.

Von den Unternehmen am häufigsten genannte Stichwörter bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Risiken (Auswertung von rd. 7.000 Freitextantworten)



Auch im Handel geben die Betriebe mit 68 Prozent (zuvor 70 Prozent) die Inlandsnachfrage als häufigstes Geschäftsrisiko an. Trotz gestiegener Einkommen halten sich die Verbraucher beim Konsum weiter zurück. Wenn man die beiden Corona-Ausnahmehahre 2020/2021 außer Acht lässt, dann liegt die Sparquote der privaten Haushalte laut Bundesbank (11,6 Prozent im Jahr 2024) auf dem höchsten Niveau seit 1996. Auch die Unternehmen üben sich angesichts der schlechten Konjunktur in Zurückhaltung in Form geringer Investitionen. Im Baugewerbe gehört die Inlandsnachfrage zu den häufigsten Sorgen (58 Prozent nach zuvor 56 Prozent). Im Dienstleistungssektor ist die Sorge vor rückläufiger Nachfrage am geringsten ausgeprägt, wenngleich auch hier mittlerweile etwas mehr als die Hälfte der Betriebe das Risiko nennt (53 Prozent nach zuvor 49 Prozent).

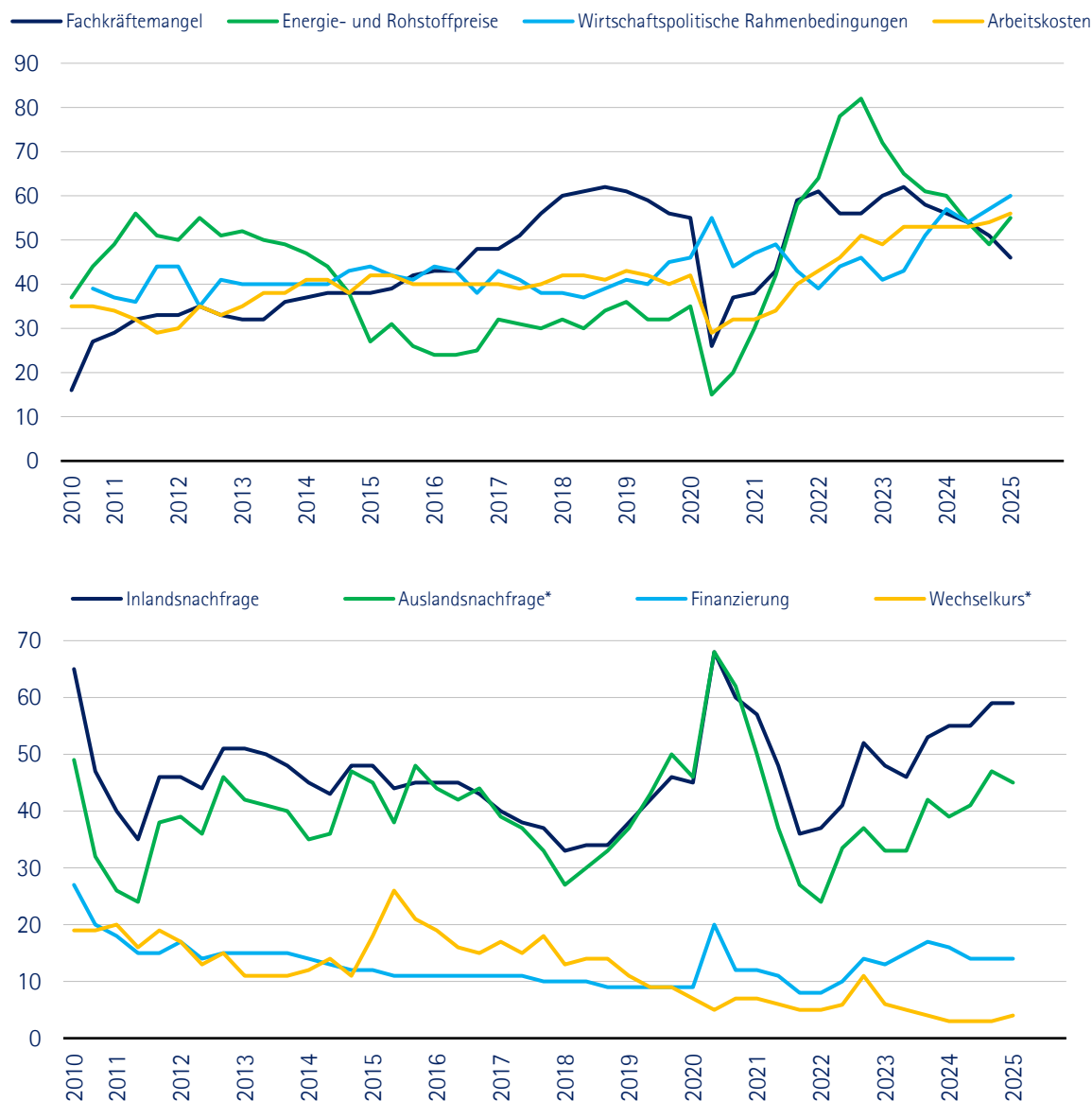
Am dritthäufigsten werden die **Arbeitskosten** als Geschäftsrisiko genannt. In allen vier Wirtschaftszweigen ist mehr als jedes zweite Unternehmen über die Entwicklung der Arbeitskosten besorgt. In der Industrie sind es sogar drei von fünf Betrieben (60 Prozent). Dahinter verbergen sich nicht nur die Lohnsteigerungen als Folge der zwischenzeitlich hohen Inflationsraten. Auch die demografisch bedingten Arbeitskräfteengpässe lassen Fachkräfte knapper und damit teurer werden. Hinzu kommen die steigenden Belastungen der Sozialversicherungen.

Nach Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine vor knapp drei Jahren waren die **Energie- und Rohstoffpreise** lange Zeit für die Breite der deutschen Wirtschaft das größte Geschäftsrisiko. Noch immer liegen die Gas- und Strompreise deutlich über dem Vorkrisenniveau und sind auch zuletzt wieder angestiegen. Der Anteil der Unternehmen, die Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko nennen, ist daher wieder von 49 Prozent auf 55 Prozent gestiegen. Dort, wo Energie zu den großen Kostenblöcken gehören, sind es sogar zwei Drittel bis drei Viertel der Unternehmen, die darin ein Geschäftsrisiko für die kommenden zwölf Monate sehen (Industrie: 66 Prozent nach 58 Prozent; energieintensive Industrie: 76 Prozent nach zuvor 66 Prozent).

Die langanhaltende wirtschaftliche Schwächephase kommt allmählich auch auf dem Arbeitsmarkt an. Zwar sorgt die demografische Entwicklung dafür, dass selbst in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Phase der **Fachkräftemangel** für viele Unternehmen eine Herausforderung bleibt. Jedoch nimmt der Druck aktuell weiter ab, weil die Arbeitsnachfrage sinkt. Unter dem Strich bekundet fast jedes zweite Unternehmen (46 Prozent nach zuvor 51 Prozent) Fachkräftemangel als ein Geschäftsrisiko. Angesichts der Alterung der Gesellschaft wird der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eine strukturelle Herausforderung für die Unternehmen bleiben. Im Baugewerbe ist der Fachkräftemangel, wie bereits in den letzten Umfragen, das am häufigsten genannte Risiko. Trotz schwacher Baukonjunktur klagen knapp drei von fünf Betriebe (59 Prozent nach zuvor 65 Prozent) über fehlendes qualifiziertes Personal.

Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie



Der Anteil der Unternehmen, die im Zugang zur **Finanzierung** einen Risikofaktor sehen, verharrt bei 14 Prozent. Der langjährige Durchschnitt liegt bei 13 Prozent. Das spricht für eine Gewöhnung an das erhöhte Zinsniveau. Darüber hinaus nähren die gesunkenen Inflationsraten auch die Hoffnung auf eine mittelfristige weitere Lockerung der Geldpolitik. Überdurchschnittlich hoch bleibt das Risiko allerdings in den Branchen, die besonders von den hohen Bauzinsen betroffen sind (Immobilienwirtschaft: 34 Prozent nach zuvor 35 Prozent; Hochbau: unverändert 25), sowie bei den Energieversorgern (35 Prozent nach 38 Prozent).

Wechselkursrisiken spielen für die Unternehmen derzeit kaum eine Rolle, nur vier Prozent (nach zuvor drei Prozent) der exportierenden Industrieunternehmen geben das als Geschäftsrisiko an. Die Reaktionen insbesondere der EZB und der Federal Reserve zur Bekämpfung der Inflation haben zur Stabilität der wichtigsten Wechselkurse deutscher Exporteure beigetragen.

TOP-Geschäftsrisiken nach Wirtschaftszweigen

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage, **Allzeithoch**

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	70% (71%) Inlandsnachfrage	59% (65%) Fachkräftemangel	68% (70%) Inlandsnachfrage	59% (56%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
2.	66% (58%) Energie- und Rohstoff- preise	58% (56%) Inlandsnachfrage	62% (58%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	54% (53%) Arbeitskosten
3.	63% (60%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	58% (54%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	57% (52%) Arbeitskosten	51% (49%) Inlandsnachfrage
4.	60% (58%) Arbeitskosten	57% (51%) Energie- und Rohstoff- preise	56% (49%) Energie- und Rohstoff- preise	49% (53%) Fachkräftemangel
5.	45% (47%) Auslandsnachfrage	54% (54%) Arbeitskosten	42% (46%) Fachkräftemangel	49% (44%) Energie- und Rohstoff- preise

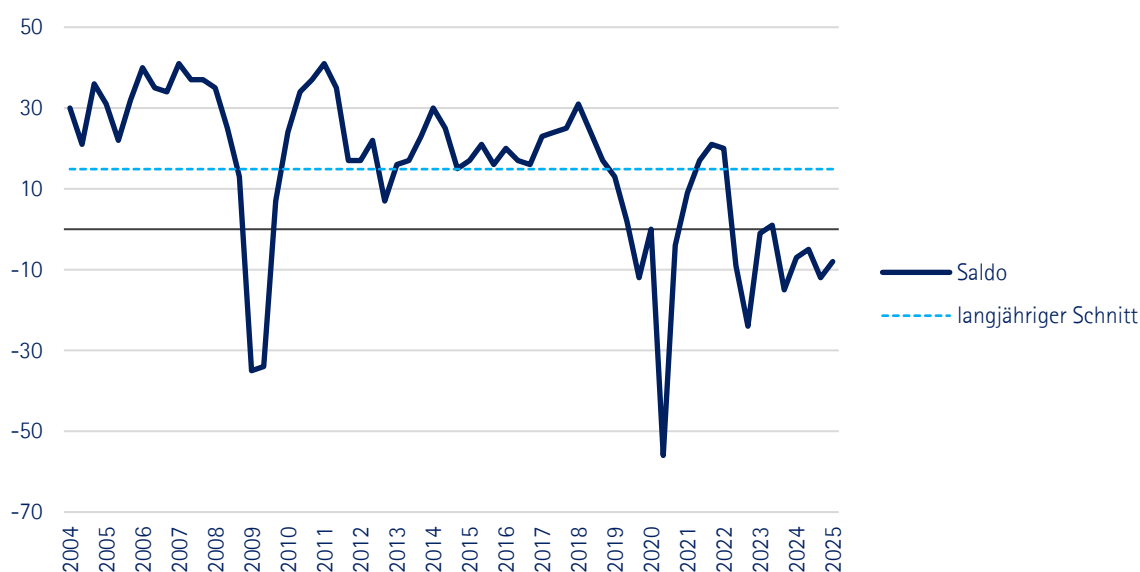
Exporterwartungen der Industrieunternehmen

Die Exporterwartungen der deutschen Industrie bleiben per Saldo im negativen Bereich, wenngleich eine leichte Verbesserung gegenüber dem Herbst festzustellen ist. Eine Trendwende bei den schwachen deutschen Ausfuhren ist damit aber nicht in Sicht. Im Vergleich zum Vorjahr verschlechtern sich die Aussichten für das Auslandsgeschäft sogar. Im Gegensatz zu früheren Krisen gehen vom Export derzeit also keine positiven konjunkturellen Impulse für ein Wirtschaftswachstum aus. Die deutsche Industrie befindet sich in einer handfesten Strukturkrise und verliert international an Wettbewerbsfähigkeit.

Die Aussichten für das weltweite Wirtschaftswachstum und den Welthandel bleiben zwar einigermaßen robust, dennoch gibt es viele Unsicherheiten. Zunehmender Protektionismus, wie beispielsweise konkret angedrohte Zölle durch die US-Administration, belastet die globalen Handelsbeziehungen. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft ist hierfür besonders exponiert. Außerdem belastet der anhaltende Trend zur Produktion „local for local“ das internationale Geschäft der hiesigen Unternehmen. Deutsche Industriebetriebe bleiben insofern überwiegend pessimistisch für ihr Auslandsgeschäft. So rechnen 28 Prozent der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren (Herbst 2024: 31 Prozent), jedes fünfte Unternehmen (20 Prozent nach zuvor 19 Prozent) erwartet eine Steigerung. Knapp mehr als die Hälfte der Unternehmen (52 Prozent) erwartet ein stabiles Auslandsgeschäft. Der Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen verbessert sich leicht von minus zwölf Punkten in der Vorumfrage auf minus acht Punkte. Die aktuellen Einschätzungen zum Exportgeschäft liegen somit auch weiterhin weit unter dem langjährigen Schnitt von plus 15 Punkten. Im Vorjahresvergleich verschlechtern sich die Exporterwartungen der Industrie allerdings weiter. Die Verbesserungen am aktuellen Rand sind nur ein kleiner Lichtblick und noch lange keine Trendwende.

Exporterwartungen der Unternehmen

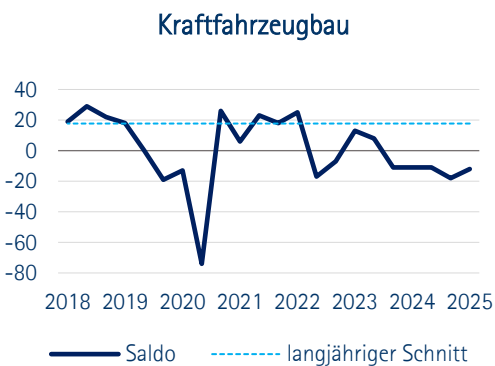
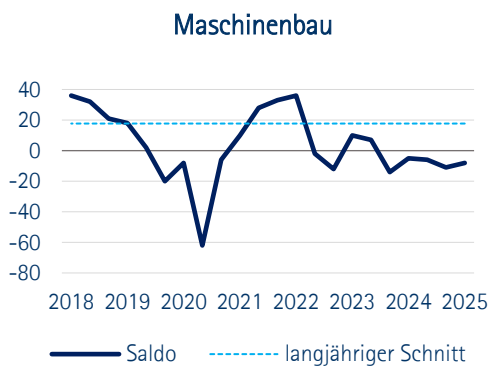
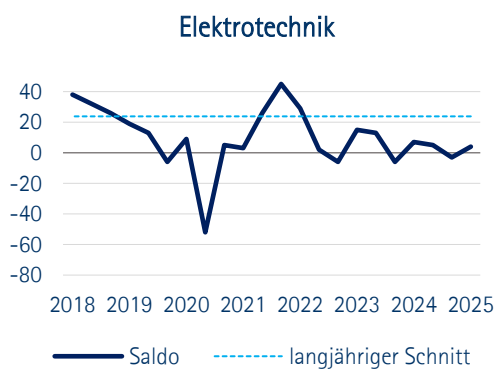
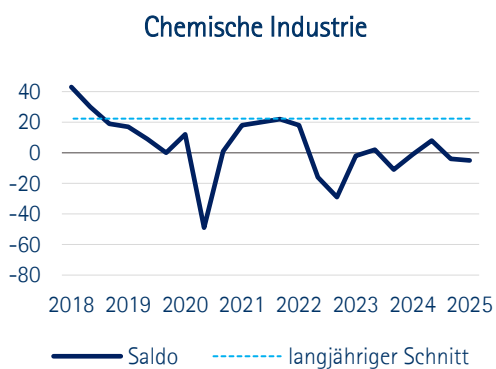
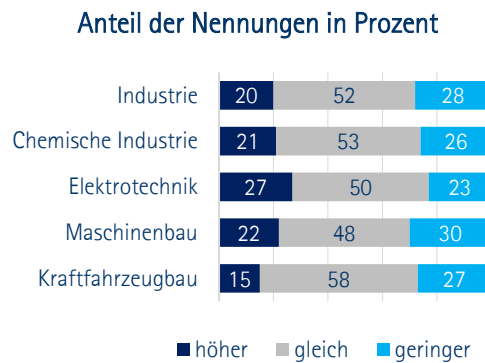
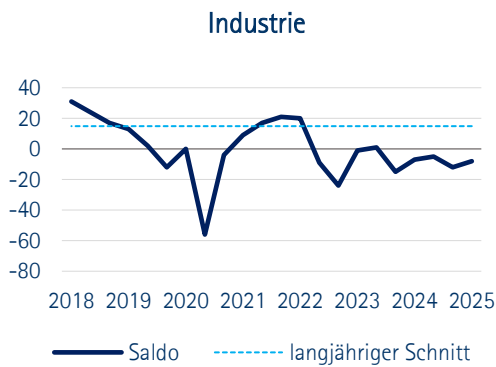
(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Im Vergleich zum Herbst hellen sich die Exporterwartungen über alle Größenklassen hinweg auf. Für Unternehmen bis zu 20 Beschäftigten verbessert sich der Saldo von minus 25 auf minus 19 Punkte, bei Betrieben mit 20 bis 200 Beschäftigten verbessern sich die Exporterwartungen von minus 15 auf minus 13 Saldopunkte und bleiben damit ebenfalls weiter negativ. Die Erwartungen der Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten erhöhen sich im Vergleich zum Herbst: Der Saldo liegt bei null nach zuvor minus sieben Punkten. Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten rechnen, erneut mit einem Exportwachstum (Saldo von plus 13 nach zuvor 7Punkten).

Exportenerwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Das weltweite Wachstum ist erfreulich stabil, die globale Industrieproduktion nimmt ebenfalls leicht zu, wenngleich auch nur schleppend. Von dieser Entwicklung kann die deutsche Exportindustrie bislang kaum profitieren. Die Unternehmen in Deutschland stehen vor massiven strukturellen Herausforderungen. Im Vergleich der industriellen Hauptgruppen bleiben **Vorleistungsgüterproduzenten** pessimistischer hinsichtlich ihrer Exporterwartungen. Besonders die energieintensiven Branchen sind hierzulande von hohen Energiepreisen betroffen und stehen damit unter einem besonderen internationalen Wettbewerbsdruck. Ein Exportzuwachs erwarten 17 Prozent der Unternehmen (nach zuvor 19 Prozent), jedoch rechnen immer noch 30 Prozent (nach zuvor 32 Prozent) mit geringeren Ausfuhren. Der Saldo steigt leicht von minus 17 auf minus 13 Punkte. Im Gegensatz dazu ist in der **Chemischen Industrie** eine geringfügige Verschlechterung der Exporterwartungen zu beobachten. Der Saldo sinkt leicht von minus vier auf minus fünf Punkte und liegt damit weit unter dem langjährigen Schnitt von plus 22 Punkten. Auch Betriebe der **Metallerzeugung und -bearbeitung** passen ihre bereits niedrigen Erwartungen für das Auslandsgeschäft weiter nach unten an. Der Saldo sinkt geringfügig von minus 28 auf minus 29 Punkte. Ebenfalls leicht schlechter als in der Vorumfrage prognostizieren Unternehmen in der **Gummi- und Kunststoffindustrie** ihre Ausfuhren. Der Saldo liegt mit minus 14 nach zuvor minus 13 Punkten auch hier weiter im negativen Bereich.

Der leichte Zuwachs der Ausfuhren Ende 2024 trägt zur Aufhellung der Exporterwartungen der **Investitionsgüterproduzenten** aktuell etwas bei, wenngleich sie per Saldo im trüben Bereich bleiben. 23 Prozent der Unternehmen erwarten steigende Exporte, 28 Prozent rechnen mit geringeren Ausfuhren. Der Exportsaldo aus höheren und geringeren Erwartungen verbessert sich leicht von minus neun Punkte auf minus fünf Punkte. Mit den Kraftfahrzeug- und Maschinenbauern hellt sich die Stimmung für das internationale Geschäft bei zwei der wichtigsten Exportbranchen der deutschen Wirtschaft etwas auf. Im Vergleich zum Vorjahr verschlechtern sich die Exporterwartungen jedoch auch in beiden Industrien: Der Saldo bei den **Kraftfahrzeugbauern** verbessert sich ggü. der Vorumfrage um sechs Punkte, von minus 18 auf aktuell minus zwölf Punkte. Im Vorjahr lag der Saldo jedoch bei minus elf Punkten. Die Exporterwartungen bleiben damit weit unter dem langjährigen Durchschnitt von plus zwölf Punkten. Unternehmen im **Maschinenbau** werden ebenfalls nur leicht im Vergleich zur Vorumfrage zuversichtlicher: Der Saldo steigt von minus elf auf minus acht Punkte (Vorjahr: minus fünf Punkte). Die Exporterwartungen des Maschinenbaus liegen damit noch immer deutlich unter dem langjährigen Schnitt (plus 18 Punkte). Bei **Herstellern von Elektrotechnik** sind die Einschätzungen zum Auslandsgeschäft weniger trüb: Der Saldo dreht von minus drei Punkten im Herbst auf aktuell plus vier Punkte sogar ins Positive. Doch auch hier liegen die Exporterwartungen deutlich unter dem langjährigen Schnitt von 24 Saldopunkten. Mit besseren Erwartungen hinsichtlich ihrer Ausfuhren stechen erneut die stark spezialisierten **Medizintechnikproduzenten** heraus. Hier rechnen die Unternehmen überwiegend mit steigenden Exporten. Der Saldo legt hier geringfügig von 18 auf 19 Punkte zu.

Auch im Bereich der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** verbessern sich die Exporterwartungen etwas. Weltweit sinkende Inflationsraten und die damit einhergehender Kaufkraftsteigerungen kommen bei den Verbrauchern an. Die Erwartungen der Konsumgüterhersteller steigen um sieben auf einen Saldo von plus zwei Punkten. Mit einer deutlichen Zunahme ihrer Ausfuhren rechnet die **Pharmazeutische Industrie**. Die ganze Branche zeigt sich erneut optimistisch. Sie profitiert von weltweiten steigenden Lebenserwartungen und Verbesserungen der medizinischen Versorgung. Der Saldo springt von 26 Punkten auf 51 Punkte und liegt damit sogar weit über seinem langjährigen Schnitt von 34 Punkten. Auch im Vergleich zum Vorjahr verbessern sich die Exporterwartungen der Pharmazeutischen Industrie deutlich (Vorjahr: 31 Punkte).

Investitionsabsichten der Unternehmen

Die Unternehmen zeigen sich bei ihren Investitionen im Inland weiterhin sehr zögerlich. Abermals planen nur 23 Prozent der Betriebe mit erhöhten Investitionen und ein Drittel gibt an, Investitionen verringern zu wollen. Der Saldo der Investitionsabsichten bleibt mit minus zehn Punkten auf dem Niveau vom Herbst 2024 und liegt damit erneut deutlich unter dem langjährigen Schnitt von plus drei Punkten. Der Investitionsmotor springt einfach nicht an.

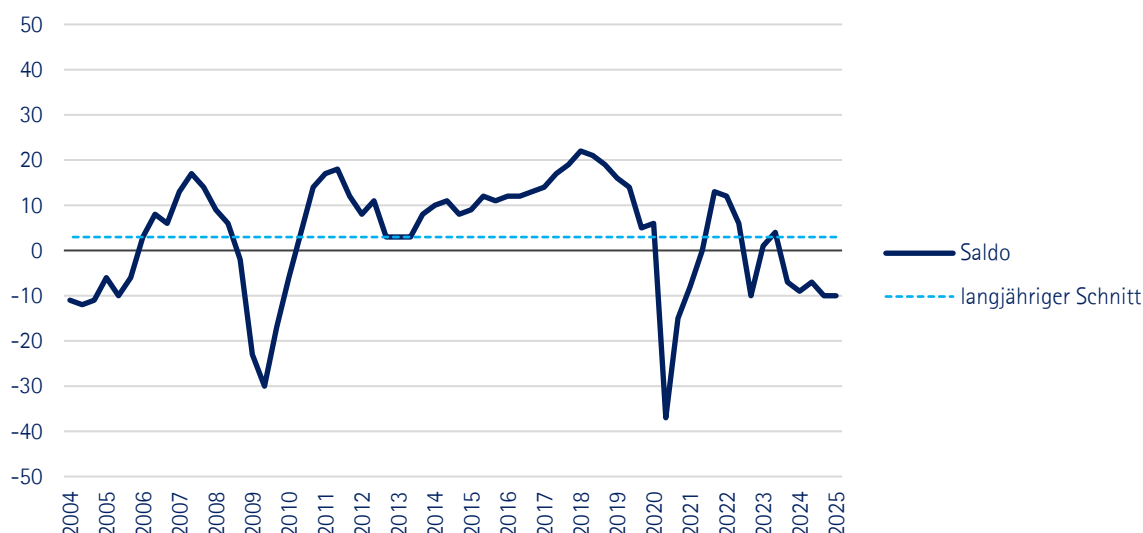
Die Risiken für die Geschäftsentwicklung drücken auf die Investitionsvorhaben der Betriebe. Unternehmen, die sowohl in der Inlands- als auch Auslandsnachfrage ein Geschäftsrisiko sehen, weisen mit minus 23 bzw. minus 28 Punkten einen deutlich niedrigeren Investitionssaldo auf als der Schnitt der gesamten Wirtschaft (minus zehn Punkte). Unternehmen, die sich um ihre Geschäfte aufgrund der Energie- und Rohstoffpreise, der Arbeitskosten und der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sorgen, haben ebenfalls spürbar reduzierte Investitionspläne für inländische Vorhaben im Vergleich zur Gesamtwirtschaft.

Bezogen auf die Unternehmensgröße zeigen sich die Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten in ihren Investitionsplänen am expansivsten: Während hier ein Drittel mit steigenden Investitionen plant, wollen 28 Prozent weniger investieren. Der resultierende Saldo von fünf Punkten verbessert sich gegenüber der Vorumfrage leicht um vier Punkte. Kleine und mittlere Unternehmen bis 200 Mitarbeiter bleiben indes spürbar restriktiver und sind mit minus zwölf Saldepunkten zurückhaltender als der Schnitt der Gesamtwirtschaft.

Die derzeitige wirtschaftliche Schwäche macht sich auch in den Investitionsmotiven der Unternehmen bemerkbar. Die häufigsten Beweggründe sind der Ersatzbedarf mit erneut 67 Prozent und mit einigem Abstand die Rationalisierung (33 Prozent nach 32 Prozent). Letzteres hilft, Prozesse effizienter und damit kostengünstiger zu gestalten. Angesichts der schwachen Nachfrage aus dem In- und Ausland, der aktuell hohen Unsicherheiten und der strukturellen Probleme im Inland plant nur ein kleiner Teil der Unternehmen hierzulande die Ausweitung von Kapazitäten (20 nach 19 Prozent). In den Hintergrund tritt dabei auch das Motiv, in den Umweltschutz zu investieren. Das Motiv der Produktinnovation, ein Treiber für künftiges Wachstum, verharrt bei unterdurchschnittlichen 28 Prozent (langjähriger Schnitt: 30 Prozent).

Investitionsabsichten der Unternehmen

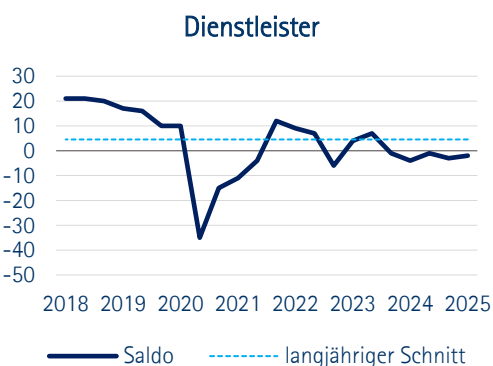
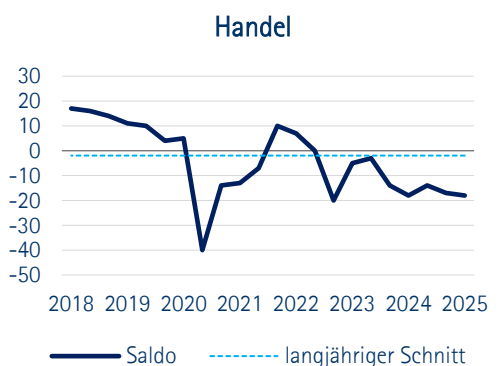
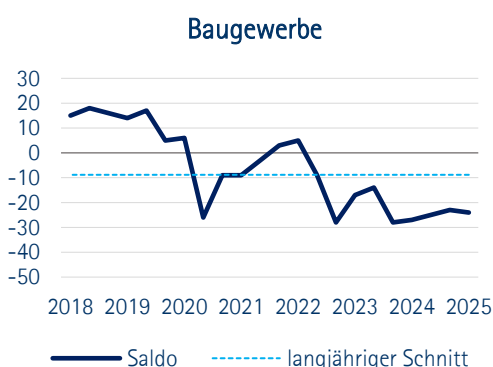
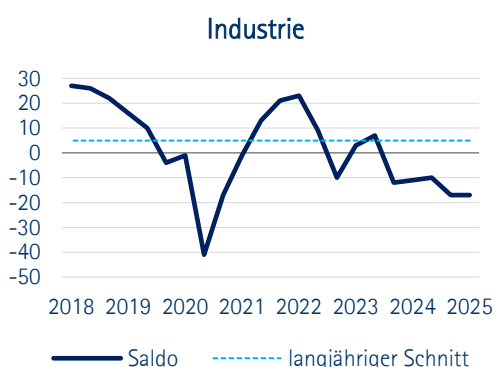
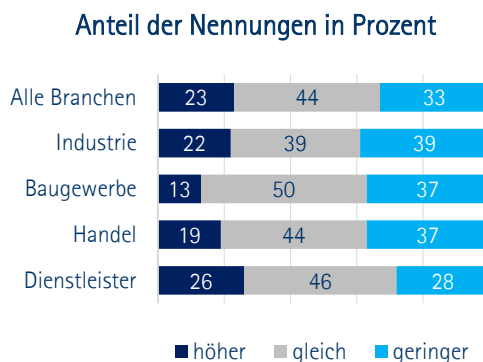
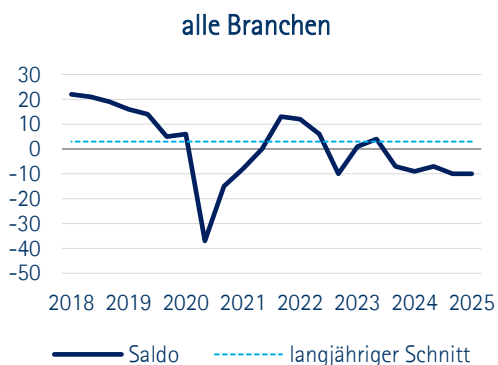
(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



In der **Industrie** fallen die Investitionspläne erneut schlechter aus als in der Gesamtwirtschaft. Mit einem Investitionssaldo von minus 17 Punkten verharren die Industrieunternehmen auf dem Niveau vom Herbst 2024. Das zeigt sich etwa bei den Herstellern von Metallerzeugnissen (minus 31 nach minus 32 Punkten), den Maschinenbauern (minus 22 nach 20 Punkten) oder Elektrotechnikern (gleichbleibend minus 19 Punkte). Spürbare Abstriche bei ihren Investitionsplänen nimmt erneut der Kfz-Bau vor (minus 39 nach minus 29 Punkten). Auch elektrische Ausrüster (minus 20 nach

Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)

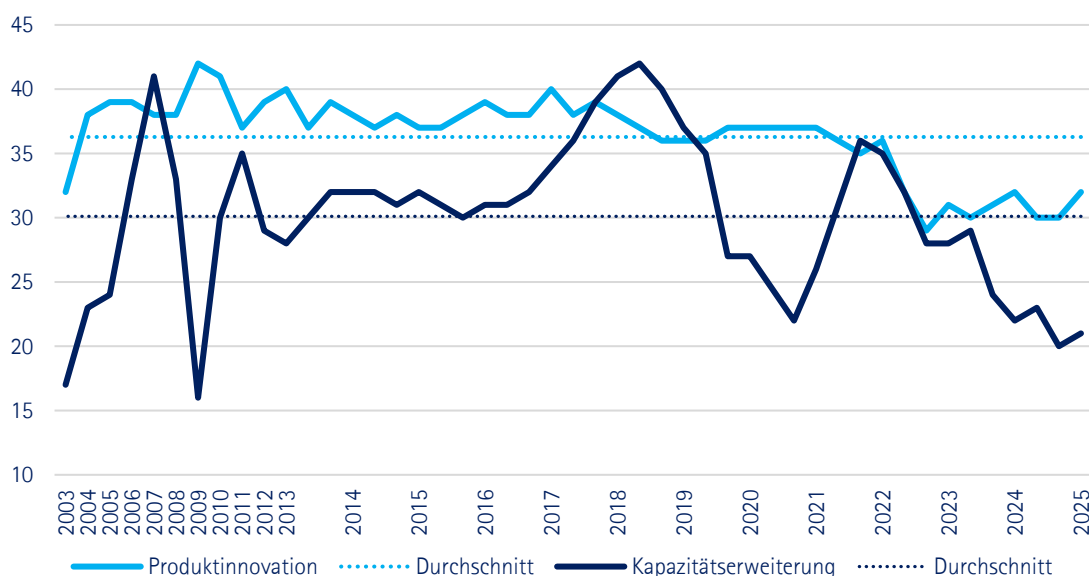


minus 16 Punkten) und die Medizintechniker (minus 33 nach minus 28 Punkten) passen nach unten an. Die Pharmazeutische Industrie hingegen beabsichtigt, ihre Investitionen auszuweiten (Saldo von 35 nach zuvor 34 Punkten); in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie fällt der Saldo mehr als doppelt so hoch aus wie im Herbst 2024 (15 nach zuvor sieben Punkten).

Bei den Investitionsmotiven zeigt sich, dass etwas mehr Industriebetriebe als noch im Herbst in Produktinnovationen (32 nach 30 Prozent) und in die Kapazitätserweiterung (21 nach 20 Prozent) investieren wollen. Die Werte liegen aber noch immer deutlich unter dem langjährigen Industrie-Durchschnitt. Treiber beim Innovationsgeschehen bleiben viele Unternehmen aus der Elektrotechnik (44 Prozent), aus dem Kraftfahrzeugbau (47 Prozent) und aus dem hochwertigen Maschinenbau (40 Prozent). Sie wollen in den kommenden 12 Monaten besonders häufig in Produktinnovationen investieren, auch wenn die Werte hier ebenfalls unter den jeweiligen Branchendurchschnitten liegen. In den Kapazitätsausbau wollen besonders viele Energieversorger (56 Prozent), Betriebe aus der Nahrungs- und Futtermittelindustrie (38 Prozent) sowie aus Chemie und Pharma (35 Prozent) investieren. Ihre Geschäftserwartungen fallen mit minus drei Punkten, minus sieben und minus zwei Punkten auch merklich besser aus als in der Industrie insgesamt (minus 17 Punkte).

Investitionsmotiv Kapazitätsausweitung und Produktinnovation in der Industrie

(Anteil in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, 2003 bis 2012 Befragung jährlich, ab 2012 3x jährlich)



Im **Dienstleistungssektor** verbessern sich die Investitionsabsichten leicht um einen auf minus zwei Punkte und fallen damit erneut deutlich besser aus als in der Gesamtwirtschaft (minus zehn Punkte). 26 Prozent der Betriebe wollen Investitionen ausweiten, 28 Prozent planen mit Kürzungen. Expansive Investitionspläne haben das Kreditgewerbe (32 nach 26 Punkten), die Betriebe aus dem Bereich Gesundheit und Soziale Dienste (29 nach 22 Punkten), die Finanz- und Versicherungsdienstleister (23 nach 21 Punkten) sowie Rechts- und Steuerberater, Wirtschaftsprüfer (21 nach elf Punkten). Bei den Vermietern von Investitionsgütern (minus 26 nach minus 24 Punkten), der Zeitarbeit (minus 18 nach minus sechs Punkten) sowie Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstaltern lastet die wegfallende Nachfrage deutlich auf deren Investitionsplänen.

Die Investitionspläne im **Handel** verschlechtern sich weiter und sinken auf das Niveau von vor einem Jahr. Nur 19 Prozent wollen ihr Investitionsbudget ausweiten, während 37 Prozent Kürzungen vornehmen müssen. Der Saldo sinkt damit auf minus 18 Punkte (nach minus 17 Punkten). Etwas besser fallen die Investitionspläne im Einzelhandel ohne Kfz aus (minus 15 nach minus 17 Punkten) sowie bei den Handelsvermittlern (minus 16 nach minus 21 Punkten). Wie der gesamte Handel wollen sie vor allem in den Ersatzbedarf investieren (65 bzw. 64 Prozent, Schnitt Handel: 64 Prozent), aber auch verstärkt auf Produktinnovationen (jeweils 25 Prozent, Schnitt Handel: 24 Prozent) setzen.

Im **Baugewerbe** verschlechtern sich die Investitionsbedingungen leicht auf minus 24 Punkte (nach minus 23 Punkten). 13 Prozent planen ihr Investitionsbudget zu erhöhen, 37 Prozent müssen Kürzungen vornehmen. Der Investitionssaldo fällt damit besser aus als im Vorjahr (minus 27 Punkte). Während sich die Investitionsabsichten im Hoch- und Tiefbau leicht verbessern (auf minus 25 Punkte nach minus 28 Punkte – freilich von niedrigem Niveau kommend), kürzt das Ausbaugewerbe auch saisonal bedingt seine Investitionspläne weiter zusammen (auf minus 20 nach minus 14 Punkten).

Hauptmotive für Investitionen im Inland

(in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Durchschnitt seit 2003)

	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	33 (32)	28 (30)	20 (26)	21 (16)	67 (65)
Industrie	43 (46)	32 (36)	21 (30)	28 (22)	67 (63)
Baugewerbe	22 (25)	16 (17)	17 (19)	19 (14)	80 (80)
Handel	34 (30)	24 (24)	18 (25)	16 (14)	64 (63)
Dienstleistungen	29 (27)	29 (30)	19 (24)	19 (14)	65 (64)

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

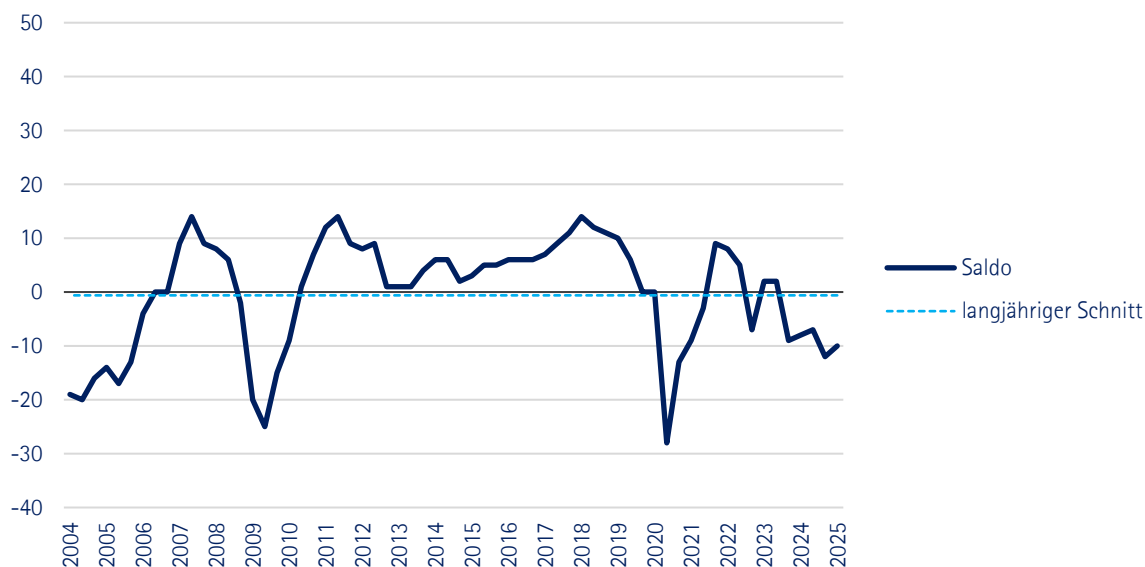
Die schwache Wirtschaftsentwicklung sowie die eingetrübten Geschäftserwartungen der Unternehmen haben den Arbeitsmarkt erfasst. Nur zwölf Prozent der Unternehmen rechnen für die kommenden Monate mit einem Beschäftigungszuwachs, während fast jedes vierte Unternehmen (22 Prozent) mit weniger Mitarbeitenden plant. Der resultierende Saldo liegt mit minus zehn Punkten deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (null Punkte), er hat sich im Vergleich zur Vorumfrage lediglich um zwei Punkte erhöht. Gegenüber dem Vorjahreswert zeigt sich ein leichter Rückgang um zwei Punkte.

Die Beschäftigungsabsichten der kleinen und mittleren Unternehmen (bis 200 Beschäftigte) verbessern sich im Vergleich zur Vorumfrage leicht, bleiben aber auf geringem Niveau (Saldo von minus zehn nach minus zwölf Punkte). Die Großunternehmen (ab 1.000 Beschäftigte) planen dagegen restriktiver – dort sinkt der Saldo von minus vier auf minus sechs Punkte, vor einem Jahr lag er noch bei plus einem Punkt.

Infolge der schlechten wirtschaftlichen Gesamtlage und der damit nachlassenden Personalnachfrage verliert auch der Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko etwas an Bedeutung. Gleichwohl bleibt er für viele Betriebe ein großes strukturelles Problem (46 Prozent nach 51 Prozent in der Vorumfrage und 60 Prozent vor zwei Jahren). Die Arbeitskosten nehmen mit 56 Prozent als Geschäftsrisiko hingegen auch am aktuellen Rand weiter zu. Beide Entwicklungen führen dazu, dass es für Unternehmen zunehmend schwieriger wird, auch bei schlechter konjunktureller Lage ihre Arbeits- und Fachkräfte zu halten, wie das in den letzten Jahren vielfach der Fall gewesen ist. Im Vergleich mit der ähnlich schlechten Wirtschaftslage Anfang der 2000er Jahre ist das Festhalten an Beschäftigten aktuell dennoch stärker ausgeprägt (Beschäftigungssaldo Herbst 2003: minus 22 Punkte). Das Vorschreiten der demografischen Entwicklung zeigt sich letztlich auch in den Beschäftigungsplänen der Unternehmen.

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

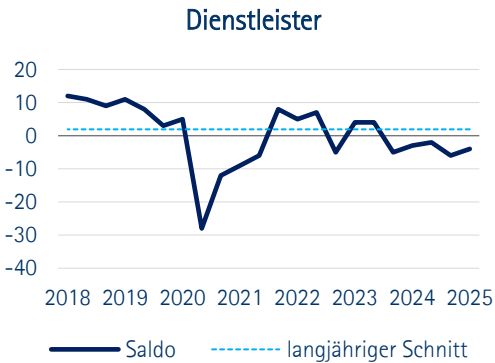
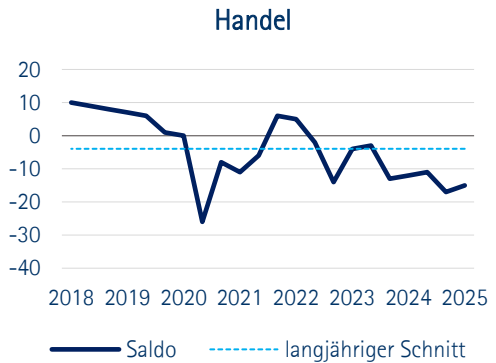
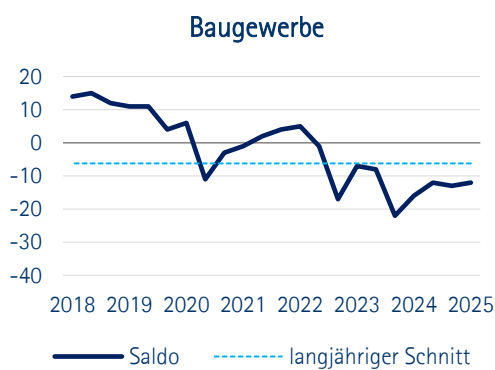
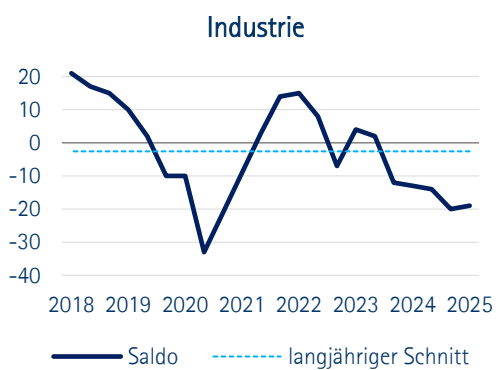
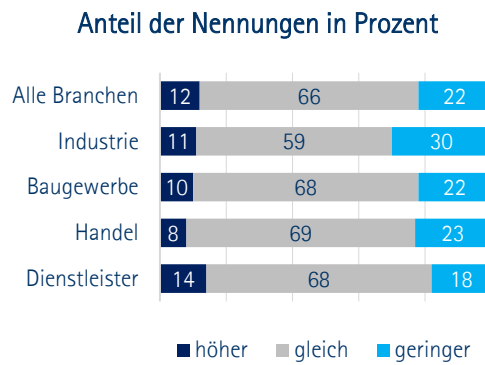
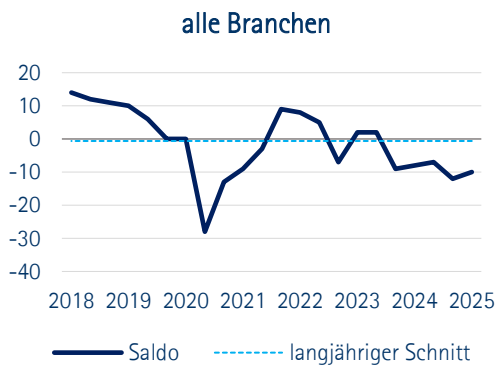
(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Besonders in der **Industrie** sind die Beschäftigungspläne gedämpft. Fast jedes dritte Unternehmen geht hier von weniger Personal aus (30 nach zuvor 31 Prozent) und nur elf Prozent (unverändert zur Vorumfrage) rechnen mit einem Aufwuchs. Der Saldo ist mit minus 19 Punkten (zuvor minus 20 Punkte) sogar der geringste unter den Wirtschaftszweigen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Verschlechterung von sechs Punkten. Hohe Energiekosten, Strukturwandel, schwacher Außenhandel, geringe Investitionsabsichten sowie eine unsichere nationale wie internationale Entwicklung schlagen sich mithin in der Personalplanung vieler Industrieunternehmen nieder.

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Besonders schlecht ist es bei der Beschäftigungsentwicklung dabei bei den energieintensiven sowie stark von Strukturwandel und der Transformation zur Klimaneutralität betroffenen Branchen bestellt: Beim Kraftfahrzeugbau (minus 46 nach zuvor minus 44 Punkten), den Produzenten von Metallerzeugnissen (minus 31 nach zuvor minus 32 Punkten), den Unternehmen von Glas, Keramik, Steineverarbeitung (minus 29 nach zuvor minus 36 Punkten) und auch in der Gummi- und Kunststoffindustrie (minus 25 nach minus 27 Punkten) sowie im Maschinenbau (minus 18 nach zuvor minus 17 Punkten) stehen die Zeichen auf Personalabbau. Ein schwacher Lichtblick ist dabei zumindest, dass sich die Pläne stabilisieren – wenn auch auf geringem Niveau.

Mit mehr Personal planen indes die Energieversorger (27 Punkte). Hier stehen die Herausforderungen der Energiewende im Mittelpunkt, bei der für das Erreichen der gesteckten Klimaziele deutlich mehr Arbeits- und Fachkräfte nötig sind. Allerdings zeigt sich hier ein Rückgang des Beschäftigungssaldos gegenüber der Vorumfrage um elf Punkte. Expansiv – und ebenfalls leicht eingetrübt – sind auch die Einstellungsabsichten in der Pharmaindustrie (15 Punkte, Vorumfrage: 19 Punkte).

Im **Baugewerbe** sind die Einstellungsabsichten etwas weniger restriktiv als noch zuletzt. Mit minus zwölf Punkten steigt der Saldo geringfügig um einen Punkt und liegt damit etwas über dem Vorjahreswert (minus 16 Punkte).

Im Tiefbau zeigt sich eine Verbesserung um vier auf minus sieben Punkte. Die Nachfrage nach Bauleistungen im Rahmen der Energiewende und der nach wie vor ausgeprägte Fachkräftemangel (Geschäftsrisiko: 71 Prozent) machen sich bemerkbar. Im Hochbau, in dem u.a. der stockende Wohnungsbau steckt, verringern sich die Pläne dagegen leicht auf minus 16 Saldopunkte.

Bei den **Dienstleistern** zeigt sich ein gemischtes Bild. Insgesamt planen 18 Prozent mit weniger und 14 Prozent mit mehr Beschäftigten. Der entsprechende Saldo von minus vier Punkten hat sich verglichen mit der Vorumfrage leicht verbessert (um zwei Punkte) und liegt nur geringfügig unter dem Vorjahreswert von minus drei Punkten. Im Vergleich der Wirtschaftszweige sind die Beschäftigungsabsichten bei den Dienstleistern am wenigsten restriktiv. Auch das Erwerbstätigenplus 2024 von rd. 70.000 Personen wurde hauptsächlich von diesem Wirtschaftszweig getragen.

Positive Beschäftigungspläne haben z.B. die IT- und Informationsdienstleister (Saldo jeweils 14 Punkte). Die Digitalisierung, der zunehmende Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) sowie die Notwendigkeit der Cybersicherheit schreiten auch bei schwacher Wirtschaftsentwicklung voran, so dass die Personalnachfrage dort weiterhin hoch ist. Auch Gesundheits- und Sozialdienstleister planen weiter einzustellen (Saldo 15 Punkte). Infolge des demografischen Wandels und der damit einhergehenden hohen Nachfrage nach entsprechenden Leistungen zeigen sich die Personalpläne weitgehend konjunkturunabhängig. Auch bei Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung (Saldo 20 Punkte) sowie im Bereich F&E (Saldo 16 Punkte) besteht die Absicht zum Personalaufbau.

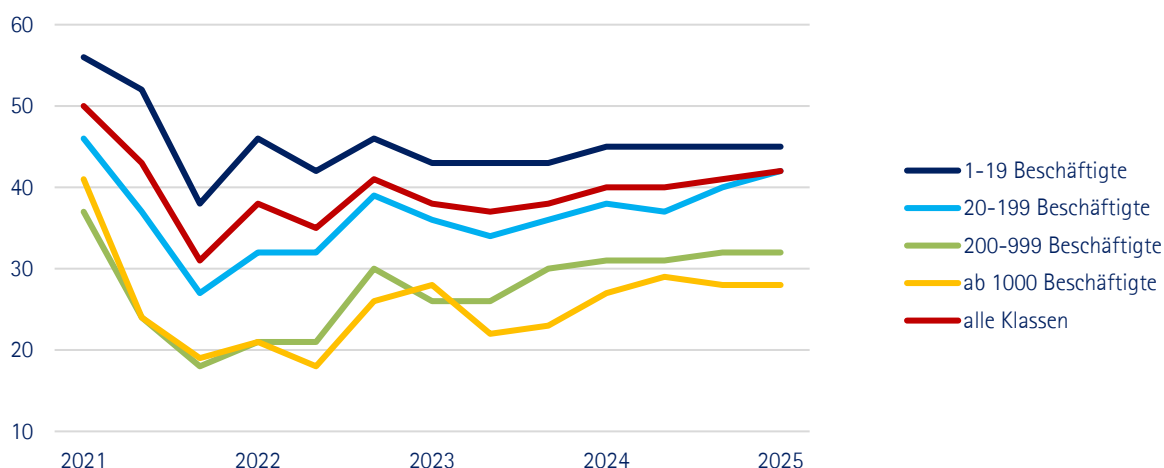
Auf einen Beschäftigungsabbau stellen sich u.a. das Gastgewerbe sowie Verkehrsdienstleister ein (Saldo jeweils minus 17 Punkte). Steigende Arbeitskosten machen sich aber bei den Planungen bemerkbar, die dort als Geschäftsrisiko eine noch größere Rolle spielen als in der Gesamtwirtschaft (Gastgewerbe: 73 Prozent; Verkehrsdienstleister: 61 Prozent).

Im **Handel** überwiegt der Anteil der Betriebe deutlich, die mit weniger Personal planen. Die nach wie vor geringe Konsumneigung und hohe Arbeitskosten bleiben mithin nicht folgenlos. So ist die Inlandsnachfrage für 68 Prozent der Händler ein Geschäftsrisiko (Gesamtwirtschaft: 59 Prozent). Nur acht Prozent – und damit am wenigsten unter allen Wirtschaftszweigen – wollen mehr Beschäftigung aufbauen, 23 Prozent gehen aber von einem Abbau aus. Der Saldo liegt damit bei minus 15 Punkten. Dass er sich gegenüber der Vorumfrage leicht um zwei Punkte verbessert, kann dabei nur ein schwacher Trost sein.

Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

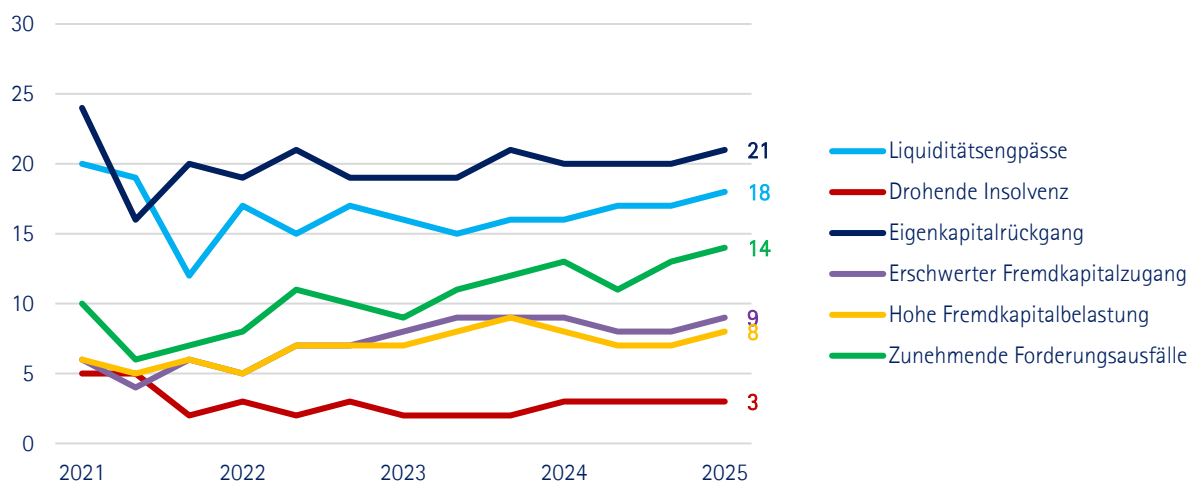
Eine angespannte Geschäftslage und negative Geschäftserwartungen lassen den Anteil der Unternehmen, die über Schwierigkeiten in der Finanzierung berichten, leicht ansteigen. Zwei von fünf Betriebe (42 Prozent nach zuvor 41 Prozent) schätzen ihre Finanzlage als problematisch ein. Das Bild ist dabei uneinheitlich: Während in der Industrie der Anteil derer mit problematischer Finanzlage im Vergleich zum Herbst 2024 stabil bleibt, verbessert sich die Perspektive im Bau um drei Prozentpunkte auf 34 Prozent. Im Handel und bei den Dienstleistern hingegen nimmt der Anteil der Unternehmen, die über eine problematische Finanzlage berichten, erneut zu (45 Prozent bzw. 42 Prozent).

Folgende Finanzprobleme belasten die Unternehmen (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)



Alle Problemlagen bis auf eine drohende eigene Insolvenz (3 Prozent) haben im Vergleich zur Vorumfrage leicht zugelegt. Im Vordergrund der spezifizierten Finanzprobleme der Gesamtwirtschaft steht nach wie vor der Eigenkapitalrückgang (21 Prozent nach zuvor 20 Prozent). Auch der Anteil von Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten, ist mit 18 Prozent weiterhin bedeutend (zuvor 17 Prozent). Angesichts der deutlich zunehmenden Zahl an bei Amtsgerichten beantragten Unternehmensinsolvenzen hat der Anteil der Unternehmen, die sich Forderungsausfällen gegenübersehen, zugenommen (14 nach zuvor 13 Prozent) und einen Höchststand erreicht. Der Anteil der Betriebe, deren Bilanzen bereits durch eine hohe Verschuldung belastet sind und unter einer hohen Fremdkapitalbelastung leiden, steigt von sieben auf acht Prozent. Über einen erschwerten Zugang zu Bankfinanzierung berichten neun Prozent der Unternehmen (zuvor acht Prozent).

Anteil der Unternehmen mit problematischer Finanzlage nach Beschäftigtengrößenklasse (in Prozent)



Bezogen auf die Unternehmensgröße weisen kleinere Unternehmen im Allgemeinen eine kritischere Finanzlage auf als die Großen. Während sich die Finanzlage bei den Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten stabilisiert hat und hier weiterhin 28 Prozent dieser Betriebe mindestens ein Problem bei ihrer Finanzlage melden, hat sich die Finanzlage in der Breite des Mittelstandes (20-199 Beschäftigte) nochmals verschlechtert: Immerhin 42 Prozent der Unternehmen berichten über Probleme (zuvor 40 Prozent). Im Fokus stehen hier vor allem Forderungsausfälle: 16 Prozent der Betriebe berichten darüber. Das sind mehr als in jeder anderen Unternehmensgrößenklasse. In den kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten ist mit 45 Prozent weiterhin fast jeder zweite Betrieb von Finanzierungsschwierigkeiten betroffen. Vor allem der Eigenkapitalrückgang (24 Prozent) und Liquiditätsengpässe (21 Prozent) sind für die kleinen Unternehmen eine große Herausforderung.

Eine kritische Bewertung der Finanzlage zeigt sich vor allem bei industriellen Kernbranchen. So berichten die Unternehmen aus dem Kraftfahrzeugbau stärker als andere Branchen von Finanzierungsschwierigkeiten. So sieht sich die Hälfte der Kraftfahrzeugbauer (gleichbleibend 51 Prozent) Hemmnissen in der Unternehmensfinanzierung gegenüber, nach 39 Prozent zur Mitte des Jahres 2024. Bei den Herstellern von Kfz-Teilen und Zubehör trifft das auf sogar auf 53 Prozent der Unternehmen zu (43 Prozent im Sommer 2024). Dabei fällt vor allem die Zunahmen der Unternehmen, die über einen Eigenkapitalrückgang berichten, ins Gewicht (26 Prozent nach 23 im Herbst und 17 Prozent im Frühsommer). Hier zeigt sich die erhebliche Belastung durch Liquiditätsengpässe und Forderungsausfälle der letzten Jahre, deren Ausgleich zunehmende Eigenkapital verzehrt.

In der Bauwirtschaft werden die Finanzierungsbedingungen etwas besser als in der Industrie eingeschätzt. Auch im Vergleich zur Vorumfrage berichten weniger Unternehmen von Schwierigkeiten in der Finanzierung. Insbesondere hier sind Forderungsausfälle zurückgegangen. Im Handel und bei den Dienstleistern hingegen hat sich die Finanzlage nach einer Phase leichter Erholung im vergangenen Jahr erneut verschlechtert. Unter allen Branchen sehen sich die Handelsbetriebe mit den meisten Problemen in der Finanzierung konfrontiert. Deutlich zugenommen haben Liquiditätsprobleme und damit auch der Eigenkapitalrückgang. Die Dienstleister berichten mehr über Liquiditätsengpässe und einen leichten Anstieg der Gefahr einer eigenen Insolvenz.

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

(Auswertung nach Unternehmensgrößenklasse, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)

	1-19 Beschäftigte	20-199 Beschäftigte	200-999 Beschäftigte	ab 1000 Beschäftigte	alle Klassen
Liquiditätsengpässe	21	18	10	8	18
Drohende Insolvenz	4	3	1	2	3
Eigenkapitalrückgang	24	20	13	10	21
Erschwerter Fremdkapitalzugang	9	9	9	10	9
Hohe Fremdkapitalbelastung	7	9	10	7	8
Zunehmende Forderungsausfälle	13	16	13	12	14
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	55	58	68	72	58
Unsere Finanzlage ist problematisch	45	42	32	28	42

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

(Auswertung nach Branche, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	alle Branchen
Liquiditätsengpässe	18	14	19	18	18
Drohende Insolvenz	3	2	4	4	3
Eigenkapitalrückgang	19	17	22	22	21
Erschwerter Fremdkapitalzugang	10	8	7	9	9
Hohe Fremdkapitalbelastung	9	5	8	7	8
Zunehmende Forderungsausfälle	15	13	17	13	14
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	59	66	55	58	58
Unsere Finanzlage ist problematisch	41	34	45	42	42

DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2023	2024	DIHK-Prognose 2025
BIP	-0,3	-0,2	-0,5
Private Konsumausgaben	-0,4	0,3	0,5
Konsumausgaben des Staates	-0,1	2,6	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	-1,2	-2,8	-0,9
– Ausrüstungen	-0,8	-5,5	-2,0
– sonstige Anlagen	4,7	3,9	2,5
– Bauten	-3,4	-3,5	-1,5
Export (Waren und Dienstleistungen)	-0,3	-0,8	-1,0
Import (Waren und Dienstleistungen)	-0,6	0,2	1,0
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+336	+72	-50
Verbraucherpreise	5,9	2,2	2,2

Fragenbogen Jahresbeginn 2025

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage Ihres Unternehmens?

- gute Geschäftslage
- befriedigende Geschäftslage
- schlechte Geschäftslage

Unsere aktuelle Finanzlage ist wesentlich geprägt von (Mehrfachantworten möglich):

- Liquiditätsengpässen
- Drohender Insolvenz
- Eigenkapitalrückgang
- Erschwertem Fremdkapitalzugang
- Hoher Fremdkapitalbelastung
- Zunehmenden Forderungsausfällen
- Unsere Finanzlage ist unproblematisch

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- bessere Geschäftslage
- gleichbleibende Geschäftslage
- schlechtere Geschäftslage

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Inlandsnachfrage
- Auslandsnachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energie- und Rohstoffpreise
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Mit welcher Entwicklung der Exporte rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- höhere Exporte
- gleichbleibende Exporte
- geringere Exporte

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Ausgaben
- gleichbleibende Ausgaben
- geringere Ausgaben

Welche sind die Hauptmotive, die Ihr Unternehmen seinen geplanten Investitionen im Inland für die kommenden 12 Monate zugrunde legt? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Rationalisierung
- Produktinnovation
- Kapazitätsausweitung
- Umweltschutz
- Ersatzbedarf

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Beschäftigtenzahl
- gleichbleibende Beschäftigtenzahl
- geringere Beschäftigtenzahl

Methodik

Grundlage für die DIHK-Ergebnisse sind Befragungen der Unternehmen durch insgesamt 79 IHKs. Zu Jahresbeginn 2025 haben die IHKs rund **23.000 Antworten** ausgewertet. Die regionalen Auswertungen der IHKs können Sie auch im Internet unter www.dihk.de/konjunktur abrufen.

Nach Wirtschaftszweigen verteilen sich die Antworten auf die Industrie (28 Prozent), die Bauwirtschaft (sechs Prozent), den Handel (21 Prozent) und die Dienstleister (45 Prozent). Die Einteilung der Wirtschaftszweige in der DIHK-Konjunkturumfrage basiert entsprechend der amtlichen Statistik auf der WZ 2008.

Nach Unternehmensgrößenklassen teilen sich die Antworten folgendermaßen auf: 36 Prozent Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten, 15 Prozent Unternehmen mit zehn bis 19 Beschäftigten, 39 Prozent Unternehmen mit 20 bis 199 Beschäftigten, sechs Prozent Unternehmen mit 200 bis 499 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten.

Die IHKs gestalten ihre Stichprobe so aus, dass ein repräsentatives Stimmungsbild der gewerblichen Wirtschaft vor Ort abgebildet ist (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogen geschichtete Stichprobe). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene Gewichtung. Die Antworten der regel-mäßigen Konjunkturfragen (siehe Fragebogen) von Betriebsstätten mit mehr als 500 Beschäftigten sind mit dem Faktor 2 und die Antworten von Betriebsstätten mit mehr als 1.000 Beschäftigten mit dem Faktor 3 gewichtet. Bei den Geschäftsrisiken wird auf die Gewichtung nach Größenklassen verzichtet. Bei Zusatzfragen wird die Größenklassen-Gewichtung dann unterlassen, wenn der ungewichtete Anteil der Unternehmen aussagekräftiger ist.

Bei der Frage nach den Geschäftsrisiken können die Unternehmen zu der Antwortoption „Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen“ einen Freitext verfassen. In der aktuellen Umfrage lagen rund 7.000 Freitextantworten vor. Diese wurden anhand der genannten Begriffe und behandelten Themen möglichst trennscharf kategorisiert. Die häufigsten Antworten sind als Wortwolke dargestellt. Je größer ein Begriff ist, desto höher ist die Anzahl der Freitextantworten zu diesem Thema.

Der IHK-Konjunkturklimaindikator wird als geometrisches Mittel der Lage- und Erwartungssalden berechnet. Der Indikator hat demnach folgende mathematische Form:

$$\sqrt{(L_1 - L_3 + 100) * (E_1 - E_3 + 100)}$$

, wobei L_1 den Anteil der Unternehmen mit guter Lageeinschätzung darstellt, L_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechter Lageeinschätzung, E_1 den Anteil der Unternehmen mit besseren Geschäftserwartungen und E_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechteren Erwartungen.

Die Umfrage hat **vom 16.12.2024 bis 17.01.2025** stattgefunden.